

# Die Besetzung der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 4. Dezember 1989 und die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt



Bild 1: Bürger finden zerrissene Akten bei der Besetzung der MfS/AfNS-Bezirksverwaltung Erfurt (Foto: Archiv GfZ)

verfasst von  
Peter Große, Barbara und Matthias Sengewald

herausgegeben von der  
**Gesellschaft für Zeitgeschichte**  
[www.gesellschaft-zeitgeschichte.de](http://www.gesellschaft-zeitgeschichte.de)



## Inhalt

Vorwort .....	4
I. Die Tage vor der Besetzung bis zum Abend des 3. Dezember 1989 .....	6
1. Alter Wein in neuen Schläuchen: .....	6
2. Die Tage vor der Besetzung – Alles scheint möglich .....	11
II. Die Besetzung der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 4. Dezember 1989 in Erfurt .....	18
3. Der 4. Dezember 1989 – Der Tag der Besetzung .....	18
etwa 6.45 Uhr .....	18
7.00 Uhr .....	19
zwischen 7.00 und 8.00Uhr .....	20
gegen 8.00 Uhr .....	22
nach 8.00 Uhr .....	24
9.00 Uhr .....	26
gegen 10.00 Uhr .....	28
Die Verhandlung .....	29
nach 10.00 Uhr .....	31
4. Die Besetzung .....	32
5. Die Bürgerwache .....	40
6. Die Kreisdienststelle .....	42
gegen 16.30 Uhr .....	43
gegen 18.00 Uhr .....	44
7. Die „Stasi“ ist besetzt.....	46
III. Die Gründung der Bürgerwache, des Bürgerkomitees und des Bürgerrates und ihre Organisationsstrukturen .....	49
8. Die Organisierung der Bürgerwache .....	49
9. Die Gründung des Bürgerkomitees.....	51
10. Der Bürgerrat und das Bürgerbüro.....	55
11. Das Bürgerkomitee und die Arbeit der Untersuchungsgruppen .	56
Die Untersuchungsgruppe Rechentechnik/Datenbank.....	57
Die Untersuchungsgruppe Objekte.....	58
Die Untersuchungsgruppe Bürgerbeschwerden /Rehabilitation .....	58
Die Untersuchungsgruppe personelle und materielle Aufwendungen .....	59
Die Untersuchungsgruppe Strukturen .....	59

Die Untersuchungsgruppe Verbindung SED-MfS/AfNS.....	59
Die Untersuchungsgruppe Reintegration.....	60
Die Untersuchungsgruppe Telefonüberwachung .....	60
12. Das Bürgerkomitee und die Regierungskommission .....	61
13. Das Bürgerkomitee und die Sicherheitspartnerschaft.....	65
IV. Das Bürgerkomitee und die Erfurter Demonstrationen nach dem 4. Dezember 1989 bis zur Gründung der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR am 4. Oktober 1990.....	67
14. Das Bürgerkomitee und die Blockade der Volkskammer .....	68
15. Das Bürgerkomitee und seine Aktivitäten vor der Volkskammerwahl vom 18. 3. 1990.....	69
16. Das Bürgerkomitee und der Hungerstreik.....	73
17. Das Bürgerkomitee nach dem Hungerstreik bis zur Gründung der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR .....	77
Epilog .....	81
verwendete Quellen.....	83
Personenverzeichnis .....	85

## Vorwort

Am Morgen des 4. 12. 1989 kam es in Erfurt zur ersten Besetzung einer MfS/AfNS<sup>1</sup>-Bezirksverwaltung, der im Laufe des Abends und der nächsten beiden Tage alle Bezirke in der DDR folgten. Zwar konnte die Zentrale in Berlin noch bis 15. 1. 1990 weiterarbeiten, doch das Ende des verhassten und gefürchteten „Schild und Schwert der Partei“ war damit eingeleitet.

Wie in Erfurt bildeten sich Bürgerkomitees, die die Auflösung des MfS/AfNS und die Sicherung der Akten als Ziel haben. Letztlich gelingt es mit dem „Stasi-Unterlagen-Gesetz“, den Zugang zu den Akten zu ermöglichen, der für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Rehabilitierung von Opfern von unschätzbarem Wert ist.

Doch warum kam es am Morgen des 4. 12. 1989 in Erfurt zu dieser ersten Besetzung, und wie lief diese genau ab?

Die Gesellschaft für Zeitgeschichte hat es sich seit ihrer Gründung 1999 u.a. zur Aufgabe gemacht, eine Darstellung der damaligen Ereignisse unter strengen Kriterien zu veröffentlichen. Denn leider müssen wir feststellen, dass keineswegs alle Veröffentlichungen auf gründlicher Recherche beruhen und oft nicht die Probleme berücksichtigen, die sich mit der subjektiven Erinnerung einzelner Zeitzeugen ergeben. Für die Rekonstruktion des Ablaufs der Ereignisse und die Hintergründe stehen faktisch keine der üblichen Quellen zur Verfügung. Die Berichte des Leiters der BV Erfurt an die Zentrale in Berlin sind äußerst lückenhaft. Exakte schriftliche Aufzeichnungen dieser ersten Tage gibt es nicht.

Deshalb haben wir bereits 1999 begonnen, Interviews mit den Akteuren zu machen und diese zu verschriftlichen. Einige wenige bereits veröffentlichten Berichte wurden berücksichtigt<sup>2</sup>. Die der

---

<sup>1</sup> Am 17.11.1989 war das „Ministerium für Staatssicherheit“ in „Amt für nationale Sicherheit“ umbenannt und Wolfgang Schwanzitz als neuer Minister ernannt worden. Da diese Umbenennung nur wenig bekannt ist und zumeist von „MfS“ oder der geläufigen Abkürzung „Stasi“ die Rede ist, verwenden wir diese Abkürzung.

<sup>2</sup> Andreas Dornheim und Stephan Schnitzler: „Akteure des Umbruchs berichten“, Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, 1995; Bericht in „Horch und Guck“, 8. Jahrgang 1999 Heft 28

meisten der wichtigen Interviews sind in den beiden Bänden der GfZ „Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt“ veröffentlicht.<sup>3</sup>

Damit wollen die Autoren so nah wie möglich an die historischen Ereignisse von damals herankommen, wohl wissend, dass beim Befragen und Erinnern an ein Jahrzehnte zurückliegendes Ereignis tatsächlich Erlebtes, danach Erfahrenes und später darüber Reflektiertes verschwimmen können. Durch Vergleich der Berichte und Abgleich mit Aufzeichnungen aus den Tagen damals konnten dennoch die meisten Unklarheiten ausgeräumt werden.

Mit Hilfe weiterer Interviews und neu recherchierter Dokumente gelang es für diese erneute Publikation, die Abläufe des 4. Dezember 1989 in Erfurt noch einmal detailliert nachzuzeichnen<sup>4</sup>.

Im Wissen darum wollen die Autoren diesen Text verstanden wissen. Er soll auch eine Würdigung der Initiatorinnen und der vielen beteiligten engagierten Bürgerinnen und Bürger sein. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Besetzung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit war eine Tat vieler. Einzelne traten im Laufe des Tages mit Initiativen hervor, die die Ereignisse entscheidend beeinflussten. Doch ohne die vielen Menschen, die sich um und vor der „Stasi“ versammelt hatten, ohne dass die vielen veränderungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt die Besetzung der „Stasi“ mitgetragen haben, hätten sie keinen Erfolg gehabt.

Es gehörte bei jedem einzelnen eine Menge Mut dazu, den Mächtigen des Staates entgegenzutreten. Vielen sind die Tragweite und der Mut erst im Nachhinein bewusst geworden.

Peter Große, Barbara und Matthias Sengewald

---

<sup>3</sup> TLStU/Gesellschaft für Zeitgeschichte (Hg.): Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt. Zeitzeugenberichte, Erfurt 2004; dies. (Hg.): Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt. Zeitzeugenberichte, Teil 2, Erfurt 2010.

<sup>4</sup> Alles in allem liegen dem 59 Interview oder Beschreibungen von beteiligten Akteuren zugrunde, wurden Protokolle und Aufzeichnungen von Mitgliedern des Bürgerkomitees, die wenigen aus diesem Tagen noch vorhandenen MfS- bzw. AfNS-Akten sowie weitere Akten, Artikel, Zeitungen und Publikationen ausgewertet (vgl. Literaturliste am Ende).

## I. Die Tage vor der Besetzung bis zum Abend des 3. Dezember 1989



Bild 2 Demonstration am 19.11.1989, Domplatz Erfurt, Foto M. Sengewald

### 1. Alter Wein in neuen Schläuchen:

#### Vom MfS, dem AfNS und der Aktenvernichtung

Viele Jahre lang ist die Staatssicherheit sehr präzise über die Situation in der DDR, die Stimmung in der Bevölkerung, die expandierende Oppositions- bzw. Ausreisebewegung sowie die Dynamik der Entwicklung im Bilde. Seit Jahrzehnten liegt auf ihren Dienstobjekten der Bann der Unantastbarkeit. Viele Erfurter gehen in der Andreasstraße lieber auf der gegenüberliegenden Straßenseite, um „der Stasi“ nicht zu nahe zu kommen.

Doch das ändert sich im Herbst 1989: Der Frust in der Bevölkerung und das Misstrauen gegen den allgegenwärtigen Überwachungsapparat machen sich – wie in anderen Orten auch – bereits bei der ersten großen Demonstration am 26. Oktober 1989 auf dem Erfurter Domplatz Luft. Immer lauter werden die Sprechchöre „Stasi raus“.

In Erfurt zieht nach der Demonstration am 26. Oktober 1989 und dem anschließenden Marsch über den Juri-Gagarin-Ring eine Gruppe von



etwa eintausend vorwiegend jungen Leuten zum MfS in die Andreasstraße weiter. Aus Sorge vor einer Eskalation stellen sich an diesem Tag Bürgerrechtler mit ihren Kerzen vor das Hauptportal der MfS-Bezirksverwaltung und rufen laut: „Keine Gewalt“. Die jugendlichen Demonstranten ziehen weiter. Es ist jedoch allen klar, dass sich das Ministerium zunehmend von der Möglichkeit eines gewaltsamen Eindringens in seine Dienstobjekte bedroht sieht.

Am 21. Oktober 1989 hatte der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke auf einer Dienstbesprechung erklärt:

*„Der Einsatz von Ordnungs- und Sicherheitskräften ist so zu organisieren, dass gewaltsame Mittel nur dann angewendet werden, wenn eine unmittelbare Gefährdung von Personen, Objekten und Sachen vorliegt und anders nicht abzuwenden ist.“<sup>5</sup>*

Die Diensteinheiten wurden angewiesen ein, Eindringen durch entsprechende Mittel (Schlagstöcke, chemische Mittel usw.) zu verhindern, jedoch *„grundsätzlich ohne Anwendung der Schusswaffe“*.<sup>6</sup> Zwei Wochen zuvor, am Abend des 7. Oktober 1989, soll er sich bei dem Polizeieinsatz am Prenzlauer Berg in Berlin sehr viel militanter ausgedrückt haben. Dort, so berichtete die Parteizeitung „Neues Deutschland“ (allerdings erst einige Tage später), habe er den Befehl gegeben: *„Haut sie doch zusammen, die Schweine!“*<sup>7</sup>

Die Anspannungen im Oktober/November 1989 liegen auch darin begründet, dass es in der DDR eine Vielzahl von Gerüchten gibt. Das jahrzehntelange Meinungsmonopol der SED hat eine vielschichtige Presselandschaft bzw. überhaupt die Möglichkeit, unterschiedliche Nachrichten zu empfangen, unterdrückt. Vieles kann auch aufgrund der nur schwach ausgebauten Kommunikationsinfrastruktur nur sehr langsam überprüft werden.

Bereits Anfang November 1989 gehen in der DDR Gerüchte um, dass das MfS Unterlagen und Aktenbestände seiner Überwachungs- und

---

<sup>5</sup> Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 21.10.1989 – BStU, ZAG, ZAIG 4885, Blatt 21.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Vgl. Neues Deutschland vom 7.12.1989, S. 8.

Bespitzelungstätigkeit verbrennt. Tatsächlich ordnet am 6. November 1989 die gezielte Verlagerung von Akten aus den Kreisdienststellen in die Bezirksverwaltungen an, und bald darauf erfolgt deren Vernichtung. Der Originaltitel des Dokuments lautet: *„Reduzierung des Bestandes an dienstlichen Bestimmungen und Weisungen in den Kreisdienststellen/ Objektdienststellen“*<sup>8</sup>. Doch die Anweisung geht darüber weit hinaus: Der größere Teil der dienstlichen Weisungen soll vor Ort vernichtet werden. Personenbezogene Unterlagen zu inoffiziellen Mitarbeitern ebenso wie zu Opfern der Staatssicherheit sollen je nach „Gefährdungslage“ in die Bezirksverwaltungen ausgelagert werden. Tatsächlich werden in vielen Kreisdienststellen beide Prozesse miteinander vermischt, so werden auch personenbezogene Unterlagen vernichtet.<sup>9</sup>

Dem Druck der Demonstrationen überall in der ganzen DDR will die SED mit neuen Personen entgegentreten und so die Macht erhalten. Auch das Ministerium für Staatssicherheit, jahrzehntelang „Schild und Schwert der Partei“, muss sich verändern. Am 7. November 1989 tritt Mielke zusammen mit der gesamten Regierung Stoph zurück, am folgenden Tag das Politbüro des ZK der SED. Am 17. November 1989 führt SED-Mitglied und Ministerpräsident Hans Modrow in seiner Regierungserklärung aus:

*„Neues Denken in Fragen der öffentlichen Ordnung und staatlichen Sicherheit muss sich rechtlich und administrativ umsetzen. Dazu gehört die Bildung eines Amtes für Nationale Sicherheit anstelle des Ministeriums für Staatssicherheit, verbunden mit einer Verringerung des Aufwandes“*.<sup>10</sup>

Einen Tag später, ab 18. November 1989, heißt das Ministerium für Staatssicherheit nun Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). Zum Leiter wird Generalleutnant Wolfgang Schwanitz berufen, der am 21. November 1989 das Ministeramt antritt. Er steht seit den 1950er

---

<sup>8</sup> Weisung des Ministers Mielke zur Aktenreduzierung in den Kreis- und Objektdienststellen vom 6.11.1989 in [www.bstu.Bund.de/DE/Wissen/DDR\\_Geschichte/Revolutionskalender\\_Nov.89](http://www.bstu.Bund.de/DE/Wissen/DDR_Geschichte/Revolutionskalender_Nov.89)

<sup>9</sup> Ebenda und vgl. BStU, MfS, BdL/Dok 005592, Blatt 1-6, Dokumentenkopf/Vermerke: GVS-o008 MfS-Nr. 25/89.

<sup>10</sup> Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 18./19.11.1989



Jahren in den Diensten des Staatssicherheitsdienstes und war einer der Stellvertreter Mielkes.

Der Umbau des MfS zum Amt für Nationale Sicherheit wird von der Bevölkerung schnell als Täuschungsmanöver erkannt. Das neue Amt sitzt in den gleichen Gebäuden wie das MfS, es hat die gleichen Mitarbeiter und bei der Bevölkerung setzt sich der Name nie durch. Die Stasi bleibt die Stasi. Zu Recht befürchten viele, dass es den Angehörigen des AfNS/MfS mit dem Umbau und der Aktenvernichtung gelingt, sich der Verantwortung zu entziehen. Wolfgang Schwanitz gibt am 21. November 1989 den in Berlin versammelten Leitern der Bezirksämter für Nationale Sicherheit eine eindrückliche Warnung mit auf den Weg:

*„Was das Vernichten von Papier anbetrifft, besonders in den Kreisdienststellen. Macht das wirklich sehr klug und sehr unauffällig. Wir werden stark kontrolliert.“<sup>11</sup>*

Das Zitat macht deutlich: Die Autorität des Ministeriums hat erste Risse bekommen. Doch unaufhörlich arbeitet die Sicherheitsbürokratie weiter. Der Bezirksamtsleiter des MfS/AfNS in Erfurt, Generalmajor Josef Schwarz, gibt am 21. November 1989 die *„Orientierungen für die weitere Gestaltung der politisch-operativen Arbeit sowie Anforderungen an die analytische Arbeit im BA für AfNS bis zum Inkrafttreten zentraler Weisungen“<sup>12</sup>* heraus. In dieser Anweisung benennt er bestimmte Speicherwerte und Materialien zu Personen, die vernichtet werden sollen. Einen Tag später trifft ein Schreiben des AfNS Berlin beim Bezirksamt Erfurt ein:

*„...zur Reduzierung des Bestandes registrierter Vorgänge und Akten sowie weiterer operativer Materialien und Informationen sind zur*

---

<sup>11</sup> Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Gen. Generalleutnant Schwanitz als Leiter des AfNS durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Gen. Modrow am 21.11.1989 /BStU,ZA,ZAIG 4886 Bl. 1-68/Seite 37 in [www.bstu.Bund.de/DE/Wissen/DDR Geschichte/ Revolutionskalender Nov.8](http://www.bstu.Bund.de/DE/Wissen/DDR_Geschichte/Revolutionskalender_Nov.8)

<sup>12</sup> Orientierungen für die weitere Gestaltung der politisch-operativen Arbeit sowie Anforderungen an die analytische Arbeit im BA für AfNS bis zum Inkrafttreten zentraler Weisungen, Herausgeber: Leiter BA Erfurt Generalmaj. Schwarz am 21.11.1989 / Unterlagen des Archivs der BStU Erfurt 000019 Kopie im Bestand der GfZ

*Gewährleistung des zuverlässigen Quellenschutzes und der Geheimhaltung spezifischer operativer Mittel, Methoden bzw. Arbeitsergebnisse, Maßnahmen zur differenzierten Auslagerung bzw. Vernichtung von registrierten Vorgängen und Akten (...) durchzuführen.”<sup>13</sup>*

In einer als Geheime Verschlussache (GVS 002-104/89) bezeichneten Dienstanweisung<sup>14</sup> weist Generalmajor Schwarz am 24. November 1989 unter anderem an, folgende Aktenbestände zur Einlagerung in die Abteilung XX zu überführen oder für die Vernichtung im jeweiligen Dienstobjekt freizugeben:

- *„Alle OV/OPK-IMS und GMS-Akten sowie IM-Vorlaufakten sind in das Bezirksamt zu überführen;*
- *Lageeinschätzungen und operative Statistiken und aktionsbezogene Unterlagen, die keine aktuelle Bedeutung haben;*
- *Unterlagen über Wahlen zu Volksvertretungen;*
- *Rapporte der Deutschen Volkspolizei und des MfS;*
- *Abgelehnte Reiseanträge;*
- *Arbeitskarteien;*
- *ZMA-Informationen zu Ehemaligen Geheimnisträgern, Reisekadern ohne weitere operative Hinweise,*
- *Personenzusammenschlüssen, die keine verfassungsfeindlichen Zielstellungen haben,*
- *Reservekadern des MfS,*
- *Personen, die Angehörige bzw. Zivilangestellte des MfS waren,*
- *Ehemalige DDR-Bürger, die Rückkehrwünsche äußern und die vor dem Verlassen der DDR nicht feindlich tätig waren,*
- *Angehörigen von Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren Organisationen zu denen es keine Hinweise auf feindliche Tätigkeit gibt,*
- *Mündlichen und schriftlichen negativen Äußerungen sowie passiven Widerstandshandlungen,*
- *Nichtwählern,*
- *Wehrdienstverweigerern,*

---

<sup>13</sup> . GVS Eft. 002-104/89 vom 24.11.1989/ AfNS –Bezirksamt Erfurt, Genmaj. Schwarz gemäß Dienstberatung vom 23.11.89 und Umsetzung des Schreibens vom 22.11.89 des Ltrs. AfNS. Gen.Schwanitz, Kopie in Bestand der GfZ

<sup>14</sup> AfNS BA Erfurt der Leiter GVS 002-104/89 Erfurt, den 24.11.89 und Anlagen in Archiv d. BStU Erfurt. Kopie im Bestand der GfZ

- *Bausoldaten,*
- *Rückverbindungen zu aus der DDR ausgereisten Personen ohne feindlich-negative Anhaltspunkte,*
- *Personen mit asozialer Lebensweise,*
- *Freiwilligen Helfern der Deutschen Volkspolizei,*
- *Liebesverbindungen in das Nicht-Sozialistische Ausland (NSA)“*

Dass die Bürger zu Recht misstrauisch waren zeigen die heute zugänglichen Akten: Das MfS tut 1989 alles, um die Überwachung der eigenen Bevölkerung zu vertuschen. Die Stasi beginnt mit ihrer arteigenen Vergangenheitsbewältigung, als sie in den Wochen des revolutionären Herbstes darangeht, systematisch belastende Aktenbestände zu vernichten. Doch die Aktivitäten bleiben nicht unbeobachtet. Allerdings ist den Menschen in der DDR nicht wirklich klar, was gerade geschieht.

Matthias Büchner berichtet davon, wie aufmerksame Bürger Erfurts im November beobachten, dass Lastkraftwagen die Bezirksverwaltung des MfS/AfNS verlassen, auf denen Akten vermutet werden, und auch, dass zu diesem Zeitpunkt bereits dunkler Rauch aus dem Schornstein in der Andreasstraße quillt, was wegen einer dort installierten Gasheizung ungewöhnlich erscheint. Mitarbeiter des Bezirkshygiene-Instituts spielen Mitgliedern der Bürgerbewegung Messdaten über die Luftverschmutzung zu, aus denen abgeleitet werden kann, dass im Stadtgebiet große Mengen an Kunststoffen verbrannt werden – Kunststoffe, wie sie in Film- und Tonbändern vorkommen. Es konnte also davon ausgegangen werden, dass (brisantes) Material vernichtet wird.<sup>15</sup>

## **2. Die Tage vor der Besetzung – Alles scheint möglich**

Auch nach der Maueröffnung am 9. November 1989 geht die revolutionäre Umgestaltung in der der DDR weiter. Zwar fahren viele gen

---

<sup>15</sup> Siehe Berichte in den Tageszeitungen *Das Volk*, *Thüringer Neueste Nachrichten*, *Thüringer Tageblatt* vom 27.10.1989 Auch in mehreren Zeitzeugeninterviews wird davon berichtet, u.a. Tely Büchner, Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1 a.a.O. S. 174..

Westen, um sich die neu und plötzlich entstandene Freiheit anzusehen, doch wird in den gegründeten Arbeitsgruppen des Neuen Forum bzw. in den anderen oppositionellen Bewegungen über die Zukunft der DDR debattiert und Konzepte werden erarbeitet. Seit dem 26. Oktober finden jeden Donnerstag in vier Kirchen der Stadt Friedensgebete und anschließend Demonstrationen auf dem Domplatz statt. Am Schluss der Friedensgebete wird zu den Demonstrationen aufgerufen.

Am 30. November 1989 wird folgender Text verlesen:

*„Obwohl sich täglich die Ereignisse überschlagen, sind viele unserer Forderungen nicht erfüllt. Deshalb demonstrieren wir auch heute wieder für*

- *Vollständige Entmachtung der SED und ihrer Helfershelfer, Rücktritt von Egon Krenz als Staatsratsvorsitzender, Rechenschaftslegung, Entschuldigung der SED für Amtsmissbrauch, Unterdrückung, Schmarotzertum und alle anderen Verfehlungen und entsprechende Bestrafung,*
- *Konsequente Trennung von Gesellschaft und SED, insbesondere für die Bereiche Nationale Volksarmee, VP, Wirtschaft, Betriebe und Kultur*
- *Freie und geheime Wahlen 1990,*
- *Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, der Kampfgruppen, Abbau der Sperr- und Sicherheitsanlagen in der Andreasstraße,*
- *Rücktritt des Rates der Stadt und des Rates des Bezirkes und Direktwahl des Oberbürgermeisters.“<sup>16</sup>*

In jenen Tagen überschlagen sich die Ereignisse regelrecht. Am 1. Dezember 1989 beschließt die Volkskammer mit großer Mehrheit, die in der Verfassung der DDR verankerte Führungsrolle der SED zu streichen. Damit entfällt im Artikel 1, dass der Sozialismus unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei gestaltet wird - ein großer Erfolg der Demonstranten.

---

<sup>16</sup> .Aufzeichnungen zu den Vorbereitungen der Friedensgebete in Erfurt, Bestand M. Sengewald im Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena



Bild 3 Demonstration auf dem Domplatz Erfurt, Foto M. Sengewald

Am 2. Dezember besetzen Bürgerinnen und Bürger in Kavelstorf/Kreis Rostock eine große Lagerhalle der IMES GmbH<sup>17</sup> voll mit Waffen für den internationalen Waffenhandel. Damit ist die KoKo-Firma IMES als Drehscheibe für den internationalen Waffenhandel enttarnt, noch in der Nacht setzt sich der Staatssekretär im Ministerium für

---

<sup>17</sup> Imes Import-Export GmbH war eine Firma des DDR-Außenhandelsministeriums und unterstand dem Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Zielsetzung der Firmentätigkeit war die Devisenbeschaffung durch Exportgeschäfte. Insbesondere der Waffenhandel und die Vermittlung und Durchführung von internationalen Handelsgeschäften prägten das Geschäftsfeld der Firma, die eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR zusammenarbeitete. Die Geschäftspartner der IMES GmbH wurden durch die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS geprüft. Waffengeschäfte wurden vor allem mit Iran, Irak, Libyen, Argentinien, Brasilien, Peru, Ägypten, Äthiopien, Botswana und Uganda getätigt. Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation war steter Geschäftspartner. Die IMES geriet in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, als aufgebrachte Bürger am 2. Dezember 1989 in Kavelstorf bei Rostock ein streng geheimes Waffenlager enttarnten. Das dortige Hauptlager lag strategisch gut in der Nähe des Rostocker Überseehafens und ermöglichte logistisch einfach die Verschiffung der Güter.

Außenhandel und Leiter des Bereiches „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) Alexander Schalck-Golodkowski, in den Westen ab.

Am 3. Dezember 1989 folgen hunderttausende Menschen dem Aufruf zur Bildung einer Menschenkette quer durch die gesamte Republik, als Zeichen der Entschlossenheit und für eine demokratische Erneuerung der DDR.

Am gleichen Tag werden der Ex-Generalsekretär Erich Honecker, Ex-Premier Willi Stoph, Ex-Gewerkschaftschef Harry Tisch, Ex-Parlamentspräsident Horst Sindermann und Ex-Staatsicherheitsminister zusammen mit anderen hohen Funktionären wegen schwerer Verstöße gegen das Parteistatut aus der SED ausgeschlossen.<sup>18</sup> Harry Tisch, Ex-Wirtschaftssekretär Günter Mittag sowie die SED-Bezirkschefs Gerhard Müller (Erfurt) und Hans Albrecht (Suhl) werden verhaftet. Das Zentralkomitee und das Politbüro der SED erklären am Nachmittag geschlossenen ihren Rücktritt. Das Land ist somit de facto führungslos.

Ebenfalls am 3. Dezember 1989 setzt sich im Haus von Robert Havemann in Grünheide bei Berlin eine überregionale Initiativgruppe des Neuen Forum<sup>19</sup> zusammen. In diese Beratung platzen zahlreiche Nachrichten: von der Flucht Alexander Schalck-Golodkowskis, von der Verschiebung von Finanz- und Sachwerten ins Ausland; von Aktenvernichtungen und dem Auffinden von zwei Millionen Mark der DDR ohne Belege in der Berliner Zentrale des FDGB durch Mitglieder des Neuen Forum sowie vom Parteiausschluss und der Verhaftung führender SED-Funktionäre. Nach intensiver Beratung erarbeitet die Initiativgruppe ein Flugblatt, in dem sie zur Bürgerkontrolle in Wirtschafts- und Staatsapparat aufruft:

Noch am Abend des 3. Dezember 1989 wird der Text des Flugblatts von Matthias Büchner, der als Mitglied des Landessprecherrates des

---

<sup>18</sup> Am Abend des 2. Dezember 1989 hatten sich tausende Mitglieder der SED-Basis vor dem Gebäude des ZK versammelt und forderten die radikale Erneuerung der Partei und den Rücktritt des Politbüros.

<sup>19</sup> Am 21. September 1989 wird dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der Zulassungsantrag des Neuen Forum vorgelegt und abgelehnt. Am 8. November 1989 erfolgt die Zulassung des Neuen Forum.



FLUGBLATT NEUES FORUM

Das NEUE FORUM wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR!

Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise:

- wichtige Finanzwerte und Sachwerte ins Ausland verbracht werden
- wesentliche Akten vernichtet werden
- Verantwortliche Personen sich ins Ausland absetzen

Diese Absetzbewegungen und Verschleierungsversuche müssen verhindert werden !

Bürgerinnen und Bürger !

Ihr wißt in welchen Betrieben, Banken und Institutionen die Möglichkeiten für solche Praktiken gegeben sind

Ruft Belegschaftsversammlungen zusammen, die Kontrollgruppen für die Verhinderung solcher Machenschaften einsetzen !

Verständigt euch mit anderen Betrieben und mit Bürgerbewegungen eures Vertrauens !

Beschließt, wenn nötig, gemeinsame Kontrollmaßnahmen und sorgt für dessen Öffentlichkeit !

Wir fordern die Regierung Modrow auf, eure Bürgerkontrolle in Wirtschaft und Staatsapparat zu unterstützen und Fluchtversuche belasteter oder verdächtiger Funktionäre zu unterbinden.

nach wie vor gilt: KEINE BEWALT !

Für den Beschluß des Landessprecherrates : Bärbel Bohley, Berlin  
Matthias Büchner, Erfurt  
Erika Press, Stendal  
Ingrid Köppe, Berlin  
Reinhard Meinel, Potsdam  
Jochen Lässig, Leipzig  
Hans Jochen Tschiche, Magdeburg

\*\*\*\*\*

03. Dezember 1989

Bild 4 Aufruf des Neuen Forum vom 3. 12. 1989, Archiv GfZ



Neuen Forum am Initiativtreffen teilnimmt, telefonisch nach Erfurt durchgegeben. In Erfurt sitzt Barbara Ruge am Apparat und schreibt mit. Das Ehepaar Ruge arbeitet im der Bürgerbewegung mit. Dem Neuen Forum haben sie in ihrem Haus ein Zimmer als provisorisches Büro eingerichtet. Noch in der Nacht auf den 4. Dezember 1989 organisiert Manfred Ruge zusammen mit Jens Fröbel den Druck von 4.000 Flugblättern mit dem in Grünheide erarbeiteten Text. Bis gegen 5 Uhr morgens werden diese in die Briefkästen der Stadt verteilt. Auch die DDR-Medien berichten vom Aufruf des Neuen Forum.

Das Flugblatt bezieht sich nicht explizit auf die Vernichtung von Akten des MfS/AfNS. Vielmehr werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, wichtige Daten und Werte vor Vernichtung, Diebstahl bzw. der Versendung ins Ausland zu sichern. Dennoch trägt es aus heutiger Erkenntnis wesentlich dazu bei, die Bürger zu der Besetzung der MfS/AfNS-Bezirksverwaltung in Erfurt am nächsten Morgen zu mobilisieren.

Die sich täglich überschlagenden Meldungen über die fortschreitende Destabilisierung der DDR erhöhen die Aufmerksamkeit und Sensibilität der Erfurter Bürger. Besonders die Mitglieder der oppositionellen Gruppen, bei denen über verschiedene Informationskanäle immer wieder neue Meldungen über Vorgänge und Veränderungen bei



Bild 5 Bezirksverwaltung des MfS/AfNS,  
Foto: Archiv GfZ

staatstragenden Stellen einlaufen, sind wachsam. Dabei gilt dem immer noch intakten Staatssicherheitsdienst ein erhöhtes Misstrauen.

Christian Elis, der Hausmeister der Evangelischen Andreasgemeinde die vis-a-vis der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS in der Erfurter Andreasstraße liegt, stellt am Nachmittag des 3. Dezember 1989 fest, dass aus dem Schornstein des Bezirks-

amtes ein ungewohnter Rauch aufsteigt. Er weiß, dass die dortige Heizung mit Gas betrieben wird und normalerweise helle Abgase verursacht. Diese Beobachtung veranlasst ihn, seine Bekannte Angelika Schön aufzusuchen. Beide kennen sich aus der Offenen Arbeit. Ihr erzählt er am frühen Abend des 3. Dezember von seiner Beobachtung und dass er auch gesehen habe, wie verbrannte Papierfetzen durch die Luft wirbeln. Beide gehen davon aus, dass mit ziemlicher Sicherheit in der Bezirksverwaltung Akten vernichtet werden. Noch am gleichen Abend – es ist Sonntag – geben sie die Information an Mitglieder der Oppositionsgruppen weiter.

Am gleichen Sonntagabend sitzt Dr. Kerstin Schön<sup>20</sup> mit ihrer Lebenspartnerin Sabine Fabian vor dem Fernseher. Beide sind in der Frauengruppe „Frauen für Veränderungen“ aktiv, die aus den untereinander gut vernetzten Frauengruppen hervorgegangen war. Kerstin Schön erinnert sich: *„An dem Abend, bevor wir gemeinsam mit vielen Menschen in Erfurt die Stasizentrale besetzt haben, waren wir zu zweit, zwei Frauen, die im Fernsehen über einen Westsender gesehen haben, was in Berlin geschehen ist und die das dringende Gefühl hatten, das irgendetwas geschehen müsste hier bei uns in Erfurt. Wir hatten also praktisch über die letzten Tage beobachtet, was in Berlin so passiert war mit der Bürgerwache vor der Staatssicherheit und dann war irgendwann im Fernsehen zu sehen, wie trotz dieser Bürgerwache diese Akten verbrannt worden waren.“*<sup>21</sup>

Die Beobachtungen veranlassten aber sowohl Angelika Schön als auch Kerstin Schön und Sabine Fabian, am nächsten Morgen zu handeln.

---

<sup>20</sup> Die Gleichheit des Familiennamens mit Angelika Schön ist Zufall.

<sup>21</sup> Interview von Kerstin Schön durch Gabi Stötzer 2010, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Teil 2, a.a.O.S.54. In einem jüngeren Bericht ergänzt Kerstin Schön: „Wir sahen am Abend des 3.12.1989 im Westfernsehen, wie in der Berliner Stasizentrale sehr wahrscheinlich Akten verbrannt wurden (die Schornsteine rauchten schwarz), obwohl die Eingänge des Gebäudes von Berliner BürgerInnen blockiert wurden.“ (Schilderung von K. Schön vom 14.10.2013 in einem Schreiben an die GfZ, Archiv GfZ). Es kann nicht mehr genau rekapituliert werden, was die beiden im TV gesehen haben. An diesem Tag gab es keine Blockade der Dienstseinheiten des MfS/ AfNS in Berlin, über die Aktenvernichtung in den Dienstobjekten wurde an jenem Abend nicht berichtet. Möglicherweise ist aber die Menschenkette durch die DDR vom 3. 12. 89 gemeint.

## II. Die Besetzung der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 4. Dezember 1989 in Erfurt

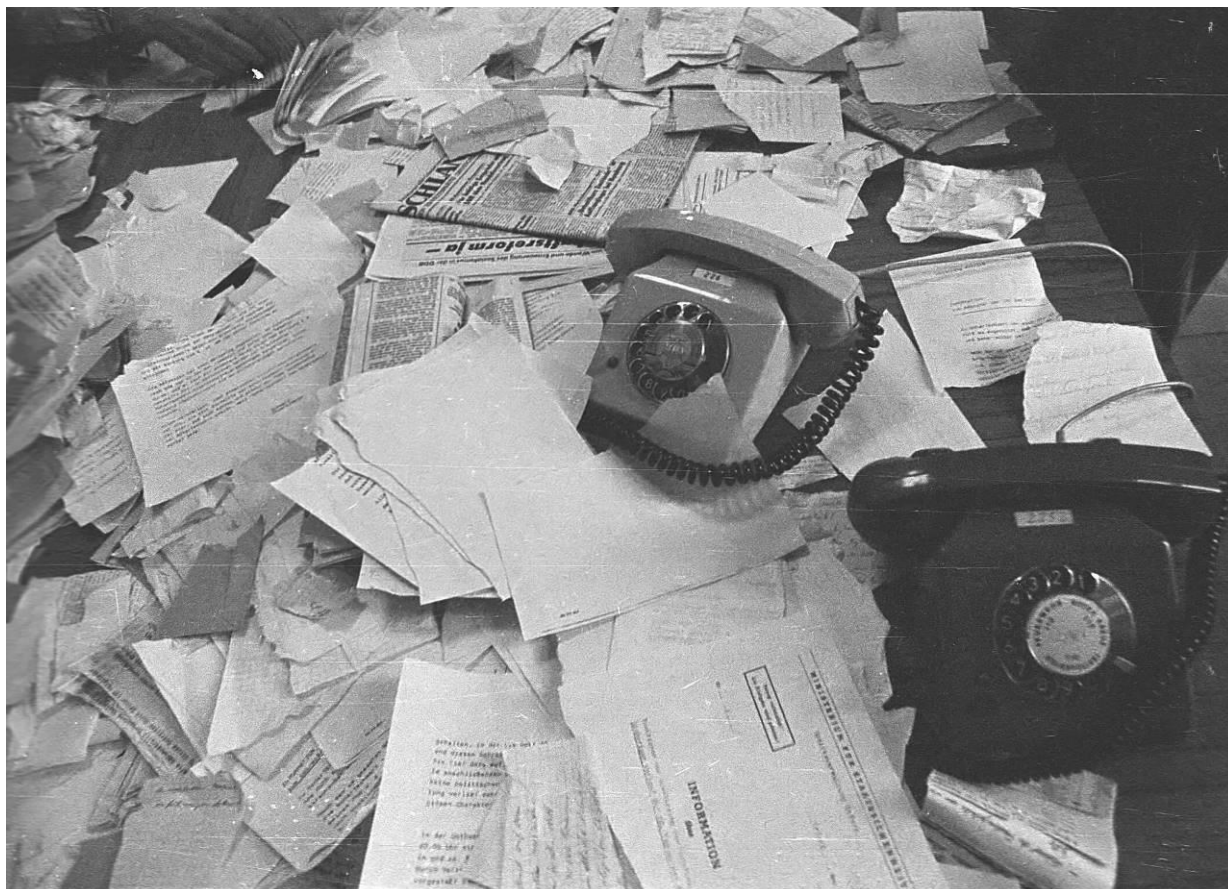


Bild 6 Während der Besetzung am 4.12.1989, Foto: Archiv GfZ

### 3. Der 4. Dezember 1989 – Der Tag der Besetzung

etwa 6.45 Uhr

Kerstin Schön und Sabine Fabian fahren zu Gabi Stötzer (damals Gabi Kachold), die sie über die Oppositionsgruppe „Frauen für Veränderung“ kennen. Sie erzählen von ihrer Absicht, um die Aktenvernichtung der Staatsicherheit zu stoppen, und Gabi Stötzer sagt sofort ihre Mitwirkung zu. Die Frauen setzen Sabine Fabian an ihrer Arbeitsstelle, der Wissenschaftlichen Allgemein Bibliothek, ab. Dort hat sie ein Telefon, und sie versucht nun per Telefon, möglichst viele von der Notwendigkeit einer sofortigen Stasibesetzung zu überzeugen. In den volkseigenen Betrieben fanden Montagfrüh in der Regel Arbeitsberatungen statt und alle Arbeiter sind an einem Ort ansprechbar. So gelingt es sehr kurzfristig eine große Zahl Menschen

anzusprechen, ihnen Informationen über die Besetzung des MfS/AfNS weiterzugeben und sie zur Teilnahme aufzufordern.

## 7.00 Uhr

Angelika Schön fährt in die Evangelische Predigerschule, an der sie studiert. Dort mobilisiert sie ihre Mitstudenten zur Mitwirkung an der Besetzung des MfS/AfNS. *„Ich bin am Montag früher aufgestanden als sonst. Das Studium im Augustinerkloster in der damaligen Predigerschule, die evangelische Theologieausbildung begann mit dem Unterricht um 8 Uhr. Frühstück war dort zwischen viertel und halb 8 Uhr. Ich wohnte zwar nicht dort, kam aber immer schon zum Frühstück dazu. Diesmal bin ich extra eine halbe Stunde eher mit meinem Rad dahin gefahren, schon 7 Uhr, bevor die überhaupt den ersten Kaffee schnuppern konnten. Da habe ich schon gesagt: „Heute ist Ausnahme, heute müssen wir die Akten von der Staatssicherheit sichern. Ihr müsst alle mitkommen.“<sup>22</sup>* Eine Mitstudentin informiert sogleich das katholische Priesterseminar, und Angelika Schön fährt mit dem Rad zu weiteren Bekannten aus der Offenen Arbeit in Erfurt.

Zur gleichen Zeit fahren Kerstin Schön und Gabi Stötzer zu zwei weiteren Mitstreiterinnen: zunächst zu Claudia Bogenhardt, die durch Gabi Stötzer von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt wird. Kerstin Schön fährt allein weiter zu Tely Büchner, um auch Matthias Büchnerin das Vorhaben einzubeziehen. Er schläft jedoch noch, da er gerade erst aus Grünheide von der Zusammenkunft der überregionalen Initiativgruppe des Neuen Forum zurückgekommen war.

Aber Tely Büchner, obwohl hochschwanger, ist sofort bereit, mitzugehen. Sie kann sich noch gut an das Haustürklingeln erinnern: *„Und dann am Morgen des 4. Dezember, hat es bei mir an der Haustür geklingelt und da stand Kerstin Schön vor der Tür und wollte eigentlich Matthias Büchner, also meinen damaligen Mann sprechen. Mein Mann kam in der Nacht aus Berlin und ist erst früh gegen 4.00 Uhr oder 5.00*

---

<sup>22</sup> Vgl. Zeitzeugengespräch mit Angelika Schön, Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt Teil 2, a.a.O.S.25ff., An ihr Eintreffen an der Erfurter Predigerschule können sich mehrere ehemalige Mitschüler noch gut erinnern.

*Uhr zurückgekommen und deshalb hatten wir auch noch überhaupt keine Zeit gehabt darüber zu sprechen, was nun in Berlin konkret rausgekommen ist. Es war auch nicht möglich, ihn zu wecken, und deswegen haben wir gedacht, wir setzen uns jetzt erst mal zusammen und sprechen darüber, was wir jetzt machen und wie wir die Aktenvernichtung verhindern können. Kerstin Schön hat dann zu mir gesagt, dass es jetzt an der Zeit sei, das Ganze zu initiieren und in einer Art Lauffeuer oder Schneeballprinzip flächendeckend in Erfurt in Gang zu setzen.“<sup>23</sup>*

### **zwischen 7.00 und 8.00Uhr**

Die Mitarbeiterin im Büro der Evangelischen Augustinergemeinde Eva-Maria Hase hatte es im Herbst 1989 übernommen, als Sekretärin im neu gegründeten „Demokratischen Aufbruch“ (DA) mitzuarbeiten<sup>24</sup>. Als sie am Morgen des 4. Dezember 1989 zur Arbeit geht, bemerkt sie auf dem Weg ungewöhnlich starken Verbrennungsgeruch, der anders war als der sonst gewohnte Smog der Herbst- und Wintermonate in Erfurt. Bereits beim Betreten ihres Büros, zwischen 7 und 7:30 Uhr, klingelt das Telefon und noch im Mantel nimmt sie den Hörer ab. Es meldet sich eine männliche Stimme mit der Frage; „Sind Sie das Büro des DA?“ Das bejahend berichtete der Teilnehmer: „Ich bin bei der Stadtwirtschaft auf der Mülldeponie in Schwerborn beschäftigt, täglich kommen LKW's an mit Verbrennungsrückständen von Papier, Papierasche und Metallteilen, wie sie in Ordner verwendet werden. Ich möchte das mitteilen!“<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Interview mit Tely Büchner, in: Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt, Teil I, a. a. O., S. 174 unten.

<sup>24</sup> Ein Problem für die neuen Vereinigungen war, eine Ansprechstelle mit Telefon zu finden, da ja nur sehr wenige Privathaushalte über Telefon verfügten.

<sup>25</sup> Die Aussage wird bestätigt durch einen Diskussionsbeitrag im Protokoll der Beratung des Bürgerkomitees vom 5.12.1989 15:00 Uhr (ohne Namenangabe) in dem es heißt: „Die Mülldeponie wird in letzter Zeit häufig von dem LKW LZ 67-26 angefahren, Fahrzeug des MfS, verbrannte Reste, Metallteile von größeren Mengen Ordner. Protokoll des Bürgerkomitees Erfurt vom 5.12.1989, im Archiv der GfZ.

Sie informierte sofort telefonisch Almuth Falcke über diese überaus wichtige Mitteilung.<sup>26</sup> Später geht sie zur Bezirksverwaltung des AfNS/MfS in die Andreasstraße, sieht die dort bereits versammelten Bürger. Es ist kalt. Sie eilt zurück zum Augustinerkloster und veranlasst, dass in der Küche der Predigerschule Tee gekocht wurde<sup>27</sup>, Der im selben Haus wohnende Kirchenmusiker Dietrich Ehrenwerth fährt mit seinem PKW zwei große Thermosbehälter zur Andreasstraße<sup>28</sup>.

Kurz danach geht in der Predigerschule ein Anruf ein, von der Sekretärin des DA oder von Almuth Falcke<sup>29</sup>. Nach diesem Anruf lässt der Leiter der Predigerschule, Pfarrer Lippold, den Unterricht ausfallen und beordert seine Mitarbeiter und Studenten zum MfS/AfNS in die Andreasstraße.

In der Zwischenzeit werden weitere vertrauensvolle Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus anderen Gruppen über das Vorhaben der Besetzung durch Almuth Falcke und Kerstin Schön telefonisch oder persönlich informiert. Kerstin Schön klingelt bei dem Pfarrerehepaar Sigrid und Johannes Staemmler sowie dem Jugenddiakon Matthias Sengewald an der Haustür und informiert sie. Auch Almuth und Probst Dr. Heino Falcke werden durch sie informiert. Probst Falcke erinnert sich noch genau an das Telefongespräch während ihres Frühstücks zwischen 7.30 und 8.00 Uhr.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Almuth Falcke arbeitet als Sekretärin für ihren Mann, Propst Heino Falcke und ist in den Frauengruppen „Freuen für Veränderung“ aktiv. Sie ist 2002 verstorben. Als Propst ist Falcke für mehrere Evangelische Kirchenkreise zuständig. Er ist aber einer der profiliertesten Kritiker der DDR. Als Theologe ist er in vielen internationalen Zusammenhängen der Ökumenischen Bewegung eingebunden.

<sup>27</sup> Erzählung von Frau Hase am 30.10.2014, als Beitrag zum Vortrag von Dr. A. Rothe „Erfurt vor 25 Jahren. Die Kirchen in der Friedlichen Revolution“

<sup>28</sup> Erzählung von Dietrich Ehrenwerth im Oktober 2013, Notizen zu Erzählungen verschiedener Personen zum Zeitablauf am Morgen des 4. 12. 1989, Archiv GfZ

<sup>29</sup> An den Namen des Anrufenden kann sich weder die Sekretärin noch H. Lippold selbst erinnern. In: Hartmut Lippold „Bericht über die Beteiligung der Predigerschule Erfurt an der Besetzung der Bezirksbehörde der Staatssicherheit der DDR am 4. Dezember 1989, notiert am 3. 11. 2013, Archiv GfZ

<sup>30</sup> Es ist unklar, ob es sich um das Telefonat der Sekretärin des DA oder einen Anruf von Kerstin Schön handelt, möglicherweise gab es beide Telefonate. Möglich ist auch, dass Kerstin Schön von der ganz in der Nähe wohnenden Tely Büchner

*“ Es ist der 4. Dezember 1989. Sehr früh klingelt das Telefon, eine Mitstreiterin von ‚Frauen für Veränderung‘ sagt: "Die Stasi raucht schwarz!" Schwarz? Die haben doch Gasheizung? Akten werden verbrannt! Schon seit Tagen gab es Gerüchte darüber. Ich rufe an, wer mir einfällt, wer mitmachen könnte bei der Besetzung der Stasizentrale.”<sup>31</sup>*

Auch Manfred Ruge, Mitglied des Neues Forum und späterer Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, erhält einen Anruf von Kerstin Schön mit der Mitteilung, die BV des AfNS/MfS zu besetzen und die Vernichtung der Akten zu verhindern. Er erinnert sich:

*„Am 4.12.1989 morgens 7 Uhr erreichte mich der Anruf von Frau Dr. Schön, die von der beginnenden Aktenvernichtung auf dem Stasi-Gelände berichtete. Eine halbe Stunde später sprachen wir bei dem Interims-Oberbürgermeister Hirschfeld vor, der auch nichts Besseres wusste, als uns an die Staatsanwaltschaft zu verweisen.”<sup>32</sup>*

Doch auch andere Telefone laufen heiß. So informiert Gabi Stötzer Elisabeth Kaufhold, die in der Poliklinik Mitte arbeitet, und diese setzt wiederum Barbara Sengewald (damals Weisshuhn) sofort in Kenntnis. Die meisten Frauen kennen sich über die Gruppe „Frauen für Veränderung“<sup>33</sup> und vertrauen sich. Sie wissen, dass sie in diesem Moment auf einander zählen können. Durch die verschiedenen Anrufe bei Mitgliedern der oppositionellen Bewegung kommen nun viele Aktionen parallel in Gang.

## **gegen 8.00 Uhr**

---

persönlich bei Falckes vorbeiging. H. Falcke kann sich auf Nachfrage jedoch nur an ein Telefonat erinnern. Notizen zu Erzählungen verschiedener Personen zum Zeitablauf am Morgen des 4. 12. 1989, Archiv GfZ

<sup>31</sup> Interview mit Almuth Falcke, „Brücke“, Erfurter Straßenzeitung Nr. 26 1999, Hrg.: Kontakt in Krisen e.V., in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, S. 137.

<sup>32</sup> Andreas Dornheim: Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90, Weimar 1995, S. 12.; und Redebeitrag von Manfred Ruge am 16. Januar 2014 in der Gedenkstätte Andreasstraße zum Vortrag von Dr. Jens Schöne, LStU Berlin

<sup>33</sup> Almuth Falcke, Verena Kyselka, Elisabeth Kaufhold und Barbara Sengewald waren ebenfalls Mitglied der „Frauen für Veränderung“.



Nach den Anrufen bei Freunden und möglichen Unterstützern fährt Almuth Falcke mit ihrem Mann an das rückseitige Tor hinter dem Bezirksgericht (heute Bechtheimer Straße). Sie stellen zunächst ihren eigenen PKW quer zur Straße. Später blockiert dann ein LKW der Städtischen Verkehrsbetriebe<sup>34</sup> die Zufahrt, sodass der Eingang abgesperrt ist. Almuth Falcke erzählte hierzu folgende Anekdote<sup>35</sup>:

*„Nachdem mein Mann mit seinem Wartburg die Ausfahrt, als erste Präventivmaßnahme, versperrt hatte, kam das Fahrzeug der städtischen Müllabfuhr zur Hilfe. Der Fahrer sagte zu meinem Mann: 'Hau mit deiner Karre ab, wir können das mit unserem LKW viel besser!'“*



Bild 7 Ein Fahrzeug der Verkehrsbetriebe blockiert die Zufahrt Foto: A.Giesler

Auch Elisabeth Kaufhold und Barbara Sengewald treffen gegen 8.00 Uhr, von ihren Arbeitsstellen kommend, an der Bezirksverwaltung ein.

---

<sup>34</sup> Vielfach gibt es unterschiedliche Erinnerungen, was für ein Fahrzeug es genau war. Auch in den MfS-Unterlagen gibt es falsche Angaben dazu. Fotos belegen aber, dass es ein Turmwagen für die Oberleitungsreparatur der Verkehrsbetriebe war.

<sup>35</sup> anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag der Stasi-Besetzung am 4. 12. 1999, Notizen von P. Große, Archiv GfZ

Immer mehr Menschen finden sich vor dem Haupteingang in der Andreasstraße ein.

### **nach 8.00 Uhr**

Kerstin Schön, Gabi Stötzer, Tely Büchner und Claudia Bogenhardt begeben sich gemeinsam zum Rathaus. Hier findet seit 8.00 Uhr die erste Ratssitzung<sup>36</sup> mit dem neuen amtierenden Oberbürgermeister Siegfried Hirschfeld statt. Manfred Ruge findet sich zur gleichen Zeit im Rathaus ein. Er kennt Hirschfeld und sie wollen mit ihm sprechen.

*„Also wir haben überlegt, was sind jetzt die Schaltstellen? Wo sind die wichtigen Stellen? Wo werden Entscheidungen getroffen? Und wer kann wem was weiterleiten? Und da haben wir gedacht, die wichtigen Stellen sind die Stadt und der Rat des Bezirkes. Und in dieser Reihenfolge haben wir's gemacht. Wir wollten einfach, dass an diesen Schaltstellen quasi die Befehle, oder die Anordnungen, oder das Kurzschließen passiert, zu den entsprechenden Verantwortlichen der Staatssicherheit... Wir haben sicherlich auch gedacht, dass es nicht besonders sinnvoll ist, einfach gleich direkt den Kontakt zur Staatssicherheit zu suchen. Heute im Nachhinein betrachtet man das sicherlich immer ein bisschen anders. Wie sind die Strukturen wirklich gewesen und hatte denn die Stadt oder der Rat des Bezirkes überhaupt Zugriff oder die Möglichkeit, dort was anzuordnen. Also wir sind da glaube ich auch relativ naiv rangegangen.“<sup>37</sup>*

Die Sitzung wird unterbrochen und die vier Frauen und Manfred Ruge teilen den Versammelten mit, dass in der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS Akten vernichtet werden und dass diese Stasi-Behörde nun besetzt wird. Sie fordern den Oberbürgermeister und die Ratsversammlung auf, an der Verhinderung der Aktenvernichtung und der Sicherstellung der Unterlagen mitzuwirken *„...um zu verhindern, dass mit den vielen Daten, die über so viele Bürger gesammelt wurden, weiterhin Missbrauch getrieben wird und auch, um Verschleierungen*

---

<sup>36</sup> Es handelt sich dabei um die turnusmäßig wöchentlich stattfindende Sitzung der damaligen Stadträte, heute zu vergleichen mit den Dezernenten, nicht aber um eine Sitzung der Abgeordneten.

<sup>37</sup> Interview mit Tely Büchner 2004 in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a.a.O., S. 176f.

*von Amtsmissbrauch bis hin zu Verbrechen zu unterbinden“.*<sup>38</sup> Der Oberbürgermeister begibt sich mit den fünf Personen in sein Büro, um kurz mit ihnen zu sprechen, er muss in die Ratssitzung zurück. In diesem Gespräch macht er deutlich, dass *„er da nichts machen kann. Sie müssen sich an die Staatsanwaltschaft wenden, und wenn sie auf Stadtebene etwas erreichen wollen, müssen sie zur Kreisdienststelle des MfS gehen.“*<sup>39</sup>

Hirschfeld beauftragt den amtierenden Stadtrat für Inneres <sup>40</sup>, sich weiter um die Anliegen der Gruppe zu kümmern. Zusammen mit Gabi Stötzer und Claudia Bogenhardt fährt er zur Kreisdienststelle des MfS/AfNS in die Straße der Einheit und stellt dort den Kontakt mit dem Leiter der Kreisdienststelle Oberst Schneeberg her.

Zur gleichen Zeit fahren Kerstin Schön und Tely Büchner zum Rat des Bezirkes Erfurt. Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Arthur Swatek<sup>41</sup> wird ihnen nach ihrer Mitteilung, dass die Bezirksverwaltung und die Kreisdienststelle des AfNS/MfS gerade besetzt werden sollen, zugesichert, dass die Türen dieser Dienstobjekte geöffnet werden, um eine Eskalation zu vermeiden. Swatek war zu diesem Zeitpunkt sehr wahrscheinlich bereits über die Situation vor Ort informiert. *„Wir haben uns mit ihm unterhalten und sind bei ihm geradezu in offene Arme gefallen. Er hat dann sein Leid über die Situation geklagt und darüber gesprochen, wie er die Dinge sieht. Er hat zum Teil die bekannte politische Haltung vertreten, nach wie vor vertreten, aber nicht borniert. Man hatte den Eindruck, dass es auch für ihn nicht vollkommen überraschend kam. Und er hat gesagt, er wird mit den entsprechenden Verantwortlichen reden und versuchen, dass diese die Türen dort öffnen. Es ging ja auch immer darum, dass*

---

<sup>38</sup> Interview der Redakteurin der SED-Tageszeitung ‚Das Volk‘, Eva-Maria Rahneberg mit Kerstin Schön noch am 4. Dezember 1989. Das Volk, 5. 12. 1989

<sup>39</sup> Zeitzeugengespräch mit dem früheren Oberbürgermeister Hirschfeld, telefonisch am 21. 11. und 25. 11. 2013.

<sup>40</sup> Der Name ist uns bekannt, er will aber nicht genannt werden. Der eigentlich zuständige Stadtrat Beuthe, inoffiziell zugleich „Offizier des MfS im besonderem Einsatz“, war schon lange Zeit krank.

<sup>41</sup> Es mag heute verwundern, dass es mit hochrangigen Funktionären sofort zu einem Gespräch kam. Da aber Kerstin Schön zu diesem Zeitpunkt bereits von den Demonstrationen als Rednerin bekannt war, ist das in der damaligen Situation erklärbar.

*wir verhindern wollten, dass die Besetzung der Staatssicherheit mit Gewalt passiert. Zu diesem Zeitpunkt stand ja immer noch alles auf der Kippe.*<sup>42</sup>

Manfred Ruge fährt nach dem Gespräch im Rathaus direkt zur Bezirksverwaltung des MfS/AfNS in die Andreasstraße.

## **9.00 Uhr**

Die Meldung über die Besetzung der Stasi verbreitet sich wie ein Lauffeuer. In kürzester Zeit füllen sich die Straßen um das Dienstobjekt und zirka 500 Menschen<sup>43</sup> wollen dort hinein. Mit Sprechchören „*Wir wollen rein*“ und „*Aufmachen!*“ machen sie sich Luft.

Unterstützung kommt aus allen Teilen der Bevölkerung. Betriebsangehörige aus dem Büromaschinenwerk Optima und dem Funkwerk, die Angestellten der Buchhandlung Peterknecht, Studenten der beiden kirchlichen Ausbildungsstätten und ihre Dozenten, Mitarbeiter aus den Kirchgemeinden, Bürger, die durch mündliches Weitersagen, bei Einkäufen in Kaufhallen oder anderswo von der „Stasi-Blockade“ erfahren. Durch Sabine Fabian, Verena Kyselka und andere Bürger wird in Betrieben, auf Baustellen und über den Funk der Erfurter Verkehrsbetriebe dazu aufgerufen, die Bezirksbehörde zu umstellen und zu bewachen. Kurzerhand wird beschlossen, jedes Auto, welches die Ausfahrt zur Bezirksbehörde passieren will, aufzuhalten und den Kofferraum zu kontrollieren. LKWs wird die Zufahrt generell verweigert. Das querstehende Fahrzeug der Verkehrsbetriebe blockiert weiter die Straße. Das MfS hat zwar inzwischen die Verkehrsbetriebe aufgefordert, das Fahrzeug wegzufahren. Der Leiter der Verkehrsleitstelle schaut sich die Situation vor Ort an und entscheidet, sich der Anordnung des Direktors zu widersetzen<sup>44</sup>. Der LKW bleibt stehen.

---

<sup>42</sup> Interview mit Tely Büchner 2004 in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a.a.O., S. 176f

<sup>43</sup> Fernschreiben von GMaj. Schwarz an GLtn. Schwanitz cfs 05, luft „Information über die gewaltsame Erzwingung des Zutritts oppositioneller Kräfte zum Bezirksamt für nationale Sicherheit Erfurt“ (Unterlagen der BStU Berlin, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt Teil 2, a.a.O. S. 137ff.)

<sup>44</sup> Gespräch der GfZ mit dem damaligen Leiter der Verkehrsleitstelle Nowak.



Bild 8 Bürger kontrollieren einen ausfahrenden PKW Foto: Archiv GfZ

Als Manfred Ruge zurückkommt, fahren Barbara Sengewald, Angelika Schön<sup>45</sup> und er nach kurzer Beratung zur Bezirksstaatsanwaltschaft. Angelika Schön kennt das Gebäude, da sie nach einer Hausdurchsuchung dort ihre Sachen wieder abholen musste. *„Es sollte noch jemand von offizieller Stelle mitkommen, denn es war im Grunde genommen so, dass wir rechtsstaatliche Elemente einforderten, womit die staatlichen Stellen völlig überfordert waren. Das hatten sie nicht erwartet.“*<sup>46</sup> Der Staatsanwalt soll eine Verfügung zur sofortigen Einstellung der Vernichtung von Akten und der Einstellung der Arbeit der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS erwirken. Die drei werden Zeugen von mehreren Telefongesprächen zwischen dem Bezirksstaatsanwalt, der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS und dem Rat des Bezirkes.

---

<sup>45</sup> Im Fernschreiben (vgl. <sup>42</sup>) des MfS/AfNS wird dies Kerstin Schön zugerechnet - offensichtlich eine Verwechslung durch die gleichen Familiennamen.

<sup>46</sup> Interview mit Barbara Sengewald, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt Teil 1, a.a.O., S. 153

Bezirksstaatsanwalt Sander erklärt nach langem Hinhalten, dass nicht er, sondern die Militärstaatsanwaltschaft für die verlangten Regelungen zuständig ist. Doch Barbara Sengewald und Angelika Schön lassen nicht locker, sie wollen wissen, wie es nun weitergeht. Ihnen wird mitgeteilt, dass der Militärstaatsanwalt mittlerweile informiert ist und sich bereits auf dem Weg zur Bezirksverwaltung des MfS/AfNS befindet. Daraufhin fahren sie wieder zur Andreasstraße zurück.<sup>47</sup>

Auch Herbert Gräser, genannt „Leo“, erhält auf seiner Arbeitsstelle einen Anruf. Er ist einer der aktiven Leute in der Offenen Arbeit und hat Kontakt zu vielen Oppositionellen in Erfurt. Was damals noch nicht bekannt ist: „Leo“ ist als IMB „Schubert“ einer der wichtigsten Informanten der Stasi<sup>48</sup>. Sein Führungsoffizier ruft ihn an und fordert ihn auf, unbedingt mit zur Andreasstraße zu kommen. Er wird wie viele andere auch den ganzen Tag mit dort sein, und ist von nun an auch bei der Stasiauflösung ganz aktiv dabei.

### **gegen 10.00 Uhr**

Der Leiter der Bezirksverwaltung Generalmajor Josef Schwarz stimmt sich telefonisch mit dem Bezirksstaatsanwalt Sander über weitere Maßnahmen ab und lässt auf Weisung alle Waffen in die Waffenkammer verbringen. Danach erhält eine Delegation von zehn Bürgerinnen und Bürgern Eintritt in die Bezirksverwaltung des MfS/AfNS und wird bis zum Konferenzzimmer geführt<sup>49</sup>. Dort prangt groß und deutlich an der Stirnwand: *„Ruhm den Tschekisten!“*<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Gabi Stötzer berichtet, dass sie sich nach dem Gespräch im Rathaus gegen 9 Uhr ebenfalls zur Staatsanwaltschaft am Gothaer Platz begeben hat, um zu erreichen, dass sich die Staatsanwälte gemäß ihrer Dienstobliegenheiten dafür einsetzen, die Aktenvernichtung zu unterbinden. Gabi Stötzer suchte den Staatsanwalt der Stadt Erfurt auf, dessen Dienstsitz sie auf Grund ihrer Verurteilung wegen der Proteste gegen die Biermann-Ausweisung kannte. Ein Zusammentreffen von Gabi Stötzer mit Barbara Sengewald und Angelika Schön, die zum gleichen Zeitpunkt im Gebäude waren, erfolgt nicht. Interview mit Gabi Stötzer u.a., in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt Teil 2, a.a.O., S. 60

<sup>48</sup> Mit Herbert Gräser gibt es bisher kein Interview. Dieser Fakt ist aus Gesprächen bekannt, die andere mit ihm geführt haben.

<sup>49</sup> Almuth Falcke, Sekretärin der Propstei und Mitglied der Frauen für Veränderung, Johannes Staemmler, damals Studentenpfarrer, Hartmut Lippold, Rektor der

Nach kurzer Abstimmung unter den Vorgelassenen wird Almuth Falcke als Sprecherin der Gruppe benannt. Im Konferenzraum stellen sich der Leiter der Bezirksverwaltung Generalmajor Josef Schwarz und sein erster Stellvertreter sowie weitere Mitarbeiter des MfS/AfNS dem Gespräch. Zugegen sind auch die Staatsanwälte Helmut Rudat und Richard Ilgen und die später erschienenen Militärstaatsanwälte Horst Weißmantel und Lippol<sup>51</sup>, sowie der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und Verantwortliche für Inneres, Heinz Hartmann.

## Die Verhandlung

Die Sprecherin der „Besetzer“, Almuth Falcke, trägt gegenüber dem Leiter der Staatssicherheit Generalmajor Josef Schwarz folgende Forderungen vor:

- sofortige Beendigung der Arbeit dieser Behörde,
- sofortiger Stopp der Aktenverbrennung,
- Vorlage eines Gebäudeplans zur Kontrolle aller Räume,
- Zugang zu den Computern,
- Aussagen darüber, was mit den vorhandenen Unterlagen geschieht, Versiegelung der Archive bis der Staatsanwalt eine ordnungsgemäße Untersuchung beginnt.<sup>52</sup>

---

Evangelischen Predigerschule, Michael Meinung, CDU-Mitglied und Redakteur beim Thüringer Tageblatt, Jörg Kallenbach, CDU-Mitglied und in der Umweltgruppe der „OASE“, Kurt Peterknecht, Buchhändler, Herbert Gräser, genannt Leo, alias IMB „Schubert“, die anderen Namen sind noch nicht bekannt.

<sup>50</sup> Bereits in einer Dienstanweisung vom 31. Oktober 1989 hatte Erich Mielke zum Umgang mit Demonstranten empfohlen: „Wenn sie die Absicht haben, mit uns zu sprechen, sind wir gesprächsbereit. Bilden Sie eine Abordnung von (3-5) Personen, mit denen ein Gespräch stattfinden kann.“ Für alle Fälle wurde in diesem Fernschreiben aber auch angewiesen, die Verteidigung der Dienstobjekte vorzubereiten. Aufgabenstellung zur verstärkten Gewährleistung einer hohen Sicherheit an den Dienstobjekten der BV, KD, Objektdienststellen vom 31.10.89/ BStU,MfS,BUL/Dok 005033 /VVS 0008-84/89 Seite 6 der Anlage in [www.bstu.Bund.de/DE/Wissen/DDR\\_Geschichte/Revolutionskalender\\_Okt..89](http://www.bstu.Bund.de/DE/Wissen/DDR_Geschichte/Revolutionskalender_Okt..89)

<sup>51</sup> Fernschreiben „Information über die gewaltsame Erzwingung des Zutritts oppositioneller Kräfte zum Bezirksamt für nationale Sicherheit Erfurt“, a.a.O., S. 138

<sup>52</sup> Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a. a. O., S. 202 f.



Die Entgegnungen von Generalmajor Schwarz sind reichlich primitiv und auf Verdummung und Desinformation der Delegation angelegt. Almuth Falcke erinnert sich:

*„Dr. Schwarz begrüßte uns: ‚Ja, was wollen Sie hier, was machen Sie hier? Sie behindern meine, unsere Behörde an der Arbeit‘. Und da haben wir gesagt: ‚Ja, das wollen wir auch, dass die Arbeit eingestellt wird und deshalb haben wir auch die Staatsanwaltschaft hergeben. Wir verlangen sofort Einsicht in alle Räume, die das Gebäude hat. Damit wir auch sicher sind, dass es alle Räume sind, verlangen wir einen Plan von diesem Gebäude. Und wir verlangen Zugang zum Computer.‘ Daraufhin Dr. Schwarz: ‚Wir tun hier niemand Unrecht. Sie haben keine Berechtigung, das hier zu machen. Wir handeln nur nach den Gesetzen der DDR.‘*

*Da habe ich gesagt: ‚Ja, eben diese Gesetze wollen wir ändern. Und deshalb machen wir dies. Und hier unter uns sind auch Leute, die sehr unter Ihrer Behörde gelitten haben. Wir wollen, dass die Arbeit hier aufhört‘. Und dann habe ich noch einmal die Forderungen genannt. Und da sagte er: ‚Also, einen Plan des Hauses habe ich selber nicht. Ich weiß selber nicht wie viel Räume hier sind‘. Und dann: ‚Und einen Computer gibt es nicht. Wissen Sie, Genosse Mielke ist ein alter Mann, der ist nicht für so moderne Sachen, wie einen Computer‘.“<sup>53</sup>*

Die zwischenzeitlich eingetroffenen Staatsanwälte Helmut Rudat und Richard Ilgen erklären sich ebenfalls für die Klärung der Anliegen der „Besetzer“ nicht zuständig. Daraufhin werden die Militärstaatsanwälte Weißmantel vom Bezirksgrenzkommando und Lippol von der 4. Mot-Schützen-Division angefordert. Es wird eine Begehung der Bezirksverwaltung vereinbart. Während drinnen über Verfahrensfragen, Möglichkeiten und Zuständigkeiten gesprochen wird, versammeln sich draußen immer mehr Menschen. Bürger bekunden spontan ihre Solidarität mit den Besetzern, indem sie heißen Kaffee und Tee bringen.

---

<sup>53</sup> Andreas Dornheim Politscher Umbruch in Erfurt 1989/90 Seite 146



Bild 9 Gespräch mit dem Leiter der Bezirksverwaltung Generalmajor Schwarz<sup>54</sup>  
(Das Foto zeigt ein anderes Gespräch, nicht das mit den 10). Foto: S. Fromm

### nach 10.00 Uhr

Kerstin Schön und Tely Büchner fahren nach dem Gespräch im Rat des Bezirkes zur Kreisdienststelle. Dort treffen sie Ulrich Scheidt. Er ist Biologe im Naturkundemuseum und mit seinen Kollegen durch einen Anruf aus der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek bereits über die Besetzung informiert:

*„Wir standen vor dem Haus, kamen nicht rein. Diskussionen entspannten sich. Nicht weit von mir haben sich Kerstin Schön und Tely Büchner unterhalten, dass irgendwas in der Andreasstraße wäre und dass sie dorthin wollten. Da bin ich zu ihnen hingegangen und sie sagten, die eine ist Vertreterin für das „Neue Forum“ und die andere für „Frauen für Veränderung“. Ich erwiderte, dass ich mich als Grüner verstehe und ich möchte als Vertreter der Grünen an so einer Runde teilnehmen. Sie*

---

<sup>54</sup> Auf dem Foto: (hinten vlnr.): Rolf Tanz †, unbekannt, Gabi Stötzer (Kachold), Barbara Sengewald (Weisshuhn), Generalmajor Schwarz †, (vorn vlnr.): Tely (Petra) Büchner (unten), Kerstin Schön (Rakuna) (v. hinten), Arthur Wild †-(v. hinten), unbekannt, Johannes Staemmler, unbekannt.

*schaute mich beide ein bisschen verwundert und gerade Kerstin (Schön) sehr distanziert an. Dann sagte sie ja, ist okay, komm mit.*<sup>55</sup>

#### **4. Die Besetzung**

Zusammen fahren sie zur Andreasstraße. Nachdem sie vom Einlass der Gruppe unter Führung von Almuth Falcke erfahren, begeben sie sich, weil ihnen der Zugang zum Haupteingang verwehrt wird, zur Zufahrt hinten am Domplatz (heute Bechtheimer Straße). Wie angespannt die Situation ist, schildert Ulrich Scheidt:

*„Und dann gingen wir zum Haupteingang, vor dem eine große Menschenmenge versammelt war. Kerstin, so resolut wie sie war, pochte an die Pforte. Da bewegte sich erst nichts und dann ging oben eine Klappe auf und sie sprach dann. Ich war zu weit weg und konnte das nicht im Detail hören. Ihr wurde wohl gesagt, ja gehen sie hinten rein. Wir wurden dann zum Nebeneingang gelotst. Ich ging mit den beiden mit. Wir kamen dann an diesen Nebeneingang, der nicht verschlossen war. Der Vordereingang war ja richtig zu. Da standen vielleicht 20-30 Leute maximal. Aber es war nicht verriegelt, nicht verrammelt. Es gab eine Schranke. Die Wachposten, die hatten – glaube ich – keine MP's mehr. Man hatte natürlich Angst, aber das ist normal.*

*Die wollten uns auch nicht durchlassen. Es war eine sehr aufgeladene Stimmung. Irgendjemand schrie: ‚Die verbrennen wieder‘, als eine schwarze Rauchwolke aus einem Schornstein herauskam. Und aus dem emotionalen Affekt heraus haben wir Drei einfach die Barriere durchbrochen und sind reinmarschiert. Aus einem Abstand von 10-15 Metern drehten wir uns um und riefen den anderen zu: ‚Kommt nach!‘ Die stürmten dann los... Wir sind daraufhin hoch, an die Tür, haben dort die Wachposten beiseite geschoben und das große Tor geöffnet.*<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Interview mit Uli Scheidt, in: Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a. a. O., S. 202.

<sup>56</sup> Interview mit Ulrich Scheidt 2004, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a. a. O., S. 202f. Tely Büchner beschreibt es so: „Wir waren auch wie im Rausch. Das war so ein Zustand, wo man sagen muß, man hat auch gar keine vordergründige Angst mehr. Also es war einem schon noch bewusst, dass das alles ziemlich heikel



Bild 10 Bürger am Hintereingang des MfS/AfNS Foto: A Giesler

Das Postenhäuschen war mit zwei jungen Wachsoldaten besetzt, die als „Soldat auf Zeit“ ihren Wehrdienst absolvierten<sup>57</sup>. Die Delegation der 10 war ebenfalls durch diesen Eingang eingelassen und von einem Offizier abgeholt worden. Jetzt aber waren die Wachhabenden völlig auf sich gestellt.

*„So, und dann ein paar Minuten hin und her und dann standen die so ein bisschen für sich und sagten "Ja, wir gehen dann rein" und dann*

---

ist. Aber man kann sich in diesem Moment nicht vorstellen, dass dort einer dieses Ding zückt und wirklich auf einen richtet und das hat ja auch keiner gemacht. Aber zum Teil fühlte ich mich schon wie aufgeputzt, aber es war so ein Selbstverständnis, dass man irgendwie dachte, jetzt ist das dran, das und das und das war so, als hätte man das schon fünfmal gemacht. Es waren so schlafwandlerische Wege, die aber auch mit viel Energie verbunden waren, mit viel Konsequenz. Aber auch diese Selbstsicherheit, mit der wir da hingegangen sind und gesagt haben... Wir wollen jetzt sofort auch hier mit rein. Dann fingen die zwar noch an zu diskutieren, und wir sind dann einfach weitergelaufen und sind da auch einfach reingegangen.“ Interview mit Tely Büchner 2004, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a. a. O., S. 179f.

<sup>57</sup> „Soldaten auf Zeit“ leisteten freiwillig 3 statt der gesetzlich vorgeschriebenen mindestens 1 ½ Jahre Wehrdienst. Dies wurde mit garantiertem Zugang zum Abitur, zum Studium u.ä. „belohnt“. Sie wurden neben der NVA teilweise auch zu anderen militärischen Einheiten wie zum Beispiel zum Wachregiment des MfS eingezogen.

*habe ich zum B. gesagt "Schlagbaum auf". Und dann haben wir den Schlagbaum aufgemacht und dann gingen alle...“<sup>58</sup> „Und von da an konnten durch diesen Postenbereich alle rein. Da gab es dann natürlich ein Heidentheater vom Sicherheitsoffizier, ob wir wahnsinnig wären und dann habe ich gesagt, das weiß ich noch wie heute "Kommt doch mal her". Es hat sich ja bis zu dem Zeitpunkt - und das ist das, wo ich heute noch eine unheimliche Wut habe - nicht ein einziger, weder von der Wach- und Sicherungseinheit ein Offizier sehen lassen, noch vom Haus ein Offizier, noch irgendjemand, war da und hat sich um uns zwei Hansel mit 18/19 Jahren gekümmert.“<sup>59</sup>*

Damit sind die Türen der Staatssicherheit geöffnet. Immer mehr Bürger dringen in das Gebäude ein. Zu dieser Zeit treffen Angelika Schön und Barbara Sengewald vom Staatsanwalt kommend am Haupteingang der Bezirksverwaltung ein und fordern Einlass. Nun werden auch dort durch die Gruppe mit Ulrich Scheidt die Tore geöffnet. Die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, Trutzburg vom „Schild und Schwert der Partei“, ist in der Hand der Bürger.

Die Verhandlung mit der 10er-Gruppe läuft noch, da erscheint ein Mitarbeiter der Bezirksverwaltung und informiert Generalmajor Schwarz darüber, dass eine „Gruppe von 200 Leuten das Gelände stürmt“.

Im Fernschreiben vom Leiter der BV Erfurt Schwarz an den Leiter des MfS/AfNS Schwanitz heißt es dazu:

*„Während dieses Gesprächs im Konferenzzimmer des Leiters des Amtes<sup>60</sup> verschafften sich weitere Personen unter der Führung einer*

---

<sup>58</sup> Interview mit dem Wachsoldaten S. Auf seinen Wunsch werden die konkreten Namen nicht genannt, da sie als Angehörige des Wachregimentes des MfS formal als ehemalige Mitarbeiter des MfS gelten. Sie waren zu dem Zeitpunkt bereits unbewaffnet, er schilderte, dass er schon eher aus Angst die Pistolen von beiden bei den Friseurinnen, die er gut kannte, im Friseursalon der Bezirksverwaltung in einem Kühlschrank versteckt hatte.

<sup>59</sup> ebenda

<sup>60</sup> Gemeint ist das Gespräch der 10er Gruppe unter der Leitung von Almuth Falcke.

*Frau Dr. Schön, Kerstin<sup>61</sup>, die sich als Sprecherin eines unabhängigen Untersuchungsausschusses ausgab, gewaltsam Zugang zum Bezirksamt und begaben sich ebenfalls in das Konferenzzimmer.“<sup>62</sup>*



Bild 11 Bürger am Haupteingang des MfS/AfNS Foto: S. Fromm

Schwarz protestiert umgehend bei der Sprecherin der Bürgerinnen und Bürger, Almuth Falcke.

Doch es ist zu spät. Die Erfurter lassen sich nicht mehr aufhalten.

---

<sup>61</sup> In dem Schreiben heißt es dann weiter: „Die Frau Schön hatte zuvor den Staatsanwalt des Bezirkes über ihre Absicht, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Amt für Nationale Sicherheit vor Vernichtung zu bewahren, in Kenntnis gesetzt.“

Tatsächlich war nicht Kerstin, sondern Angelika Schön mit Barbara Weissshuhn (jetzt Sengewald) und Manfred Ruge beim Staatsanwalt. Aufgrund der Nachnamensgleichheit kam es offenbar zu dieser Verwechslung.

<sup>62</sup> Fernschreiben von GMaj. Schwarz an GLtn. Schwanitz cfs 05, luft „Information über die gewaltsame Erzwungung des Zutritts oppositioneller Kräfte zum Bezirksamt für nationale Sicherheit Erfurt“ (Archiv der BStUBerlin, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 2, a.a.O., S. 129ff). Tatsächlich kam es aber zu keinerlei Gewaltanwendung, weder durch die Besetzer noch durch Angehörige des MfS/AfNS.



EINE GEFORDERTE ABFRAGUNG DER ZPOB, DIE EINSICHTNAHME IN KONKRETE  
OPERATIVE UNTERLAGEN, KONNTEN DURCH EINGELEITETE MASZNAHMEN  
HINDERT WERDEN.

BStU  
VER  
000230  
000231

FRAGEN ZUR KONKRETEN PERSONALSTAEKKE DES AMTES SOMIE ZUR DE-  
TAILLIERTEN STRUKTUR WURDEN NICHT BEANTWORTET.

ES KONNTE NICHT VERHINDERT WERDEN, DASS PAPIERSAECKE, DIE ZUR VER-  
KOLLERUNG VORGESEHEN WAREN, DURCH DIE VERTRETER DES SOGENANNTEN  
BUERGERKOMITEES EINGESEHEN WURDEN. DABEI HANDELT ES SICH UNTER  
ANDEREM AUCH UM MATERIALIEN DER ABT. - M -

WAEREND DES GANZTEN RUNDGANGES WURDEN DURCH DIE ANWESENDEN  
NATIONALISTEN FOTOAUSNAHMEN GETAETIGT. IM GEBAEUDE DES BEZIRKSAMTES  
BEFANDEN SICH INSGESAMT CA. 150 PERSONEN.

*hier tip!*  
*Jouy - Island*  
*Streifen o.ä.*

ERST NACH LAENGERER DISKUSSION WAREN DIE IN DAS BEZIRKSAMT EINGE-  
BRUNGENEN KRAEFTE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE ANWESENDEN STAATS-  
ANWAELTE DIE BETREFFENDEN RAEUMLICHKEITEN UND PANZERSCHRAENKE VER-  
SIEGELN UND SIE DAS BEZIRKSAMT WIEDER VERLASSEN.

DA AUCH DEN MASZNAHMEN DER STAATSANWAELTE GROSZES MISZTRAUEN  
ENTGEGENBRACHT WURDE, BESTAND MAN DARAUF, AN NEURALGISCHEN  
PUNKTEN INNERHALB DES BEZIRKSAMTES SOGENANNTEN „BUERGERWACHEN“,  
EINZUSETZEN.

DABEI HANDELT ES SICH UM FOLGENDE PUNKTE IM OBJEKT DES BEZIRKSAMTES:

1. SUEDBEINGANG
2. HAUPTBEINGANG
3. NORDBEINGANG
4. FINANZEN/DATENENDSTELLE AKG
5. TIEFKELLER / KUECHE
6. ARCHIV / ROOM 12.

SEITENS DIESER SOGENANNTEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES BESTEHT DIE  
ABSICHT, AM DIENSTAG, DEM 05.12.89 UM 11.00 UHR EIN ERNEUTES  
GESPRACCH MIT DEM LEITER DES BEZIRKSAMTES ZU FUEHREN.

AEHNLICHE AKTIVITAETEN OPPOSITIONELLER KRAEFTE  
S ES IN DEN  
OBJEKTEN DER KREISAEMTER EISENACH, ARNSTADT UND DES KREISAEMTES  
ERFURT.

DURCH DIE BESETZUNG DER EIN-UND AUSGAENGE DES DIENSTOBJEKTES IST  
DAS BEZIRKSAMT HANDLUNGSUNFREHIG.

Bild 12 Auszug aus dem Fernschreiben des Leiters der BV Erfurt vom 4.12.1989  
(Archiv GfZ)

Der Leiter der Bezirksverwaltung beendet abrupt die Verhandlungen mit dem Hinweis, er wolle die „*Ordnung und Arbeitsfähigkeit seiner ‚Einrichtung‘ wieder herstellen.*“<sup>63</sup> Doch da hat er seine Befehlsgewalt bereits verloren und muss tatenlos zusehen, wie die von ihm ausspionierten Erfurter sich nun gründlich bei ihm umsehen.



Bild 13 Bürger mit einem Offizier des MfS/AfNS (i.d. Mitte) und dem Militärstaatsanwalt Foto: Archiv GfZ

In dem Fernschreiben des Erfurter MfS/AfNS-Bezirksamtes an die Berliner Zentrale über die „*Gewaltsame Erzwingung des Zutritts Oppositioneller Kräfte zum Bezirksamt*“ wird am Schluss festgestellt: „*Durch die Besetzung der Ein- und Ausgänge des Dienstobjektes ist das Bezirksamt handlungsunfähig.*“<sup>64</sup>

---

<sup>63</sup> GVS Eft. 002-104/89 vom 24.11.1989/ AfNS –Bezirksamt Erfurt, Genmaj. Schwarz gemäß Dienstberatung vom 23.11.89 und Umsetzung des Schreibens vom 22.11.89 des Ltrs. AfNS. Gen.Schwanitz , in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a.a.O., S. 24

<sup>64</sup> vgl. Fußnote 54



Im Heizungskeller finden die „Besetzer“ dann auch die Ursache der tags zuvor beobachteten Rauchentwicklung. Bei der Gasheizung befindet sich eine zusätzliche Brennstelle, die als Verbrennungsofen dient. Unmengen von Mülltonnen und Säcken voll schwarzer, unvollständig verbrannter Papiere, Aktendullis, leere Aktenordner auf deren Rücken noch der Inhalt nachlesbar ist, zerrissene Papiere, die nicht schnell genug verbrannt wurden, werden aufgefunden.

Weitere Reste der Vernichtung von Unterlagen werden später in einem Raum mit einer Verkollerungsanlage entdeckt.

Konfrontiert mit den vernichteten Akten erklärt Generalmajor Schwarz, dass der Umfang der in letzter Zeit beseitigten Akten sich im Rahmen der angeordneten „normalen“ Anweisungen bewege<sup>65</sup>. Zusätzlich seien nur Dossiers über „Andersdenkende“ vernichtet worden. Dass es detaillierte Anweisungen aus der Zentrale



Bild 15 Im Heizungskeller Foto: S. Fromm

<sup>65</sup> AfNS BA Erfurt der Leiter GVS 002-104/89 Erfurt, den 24.11.89 und Anlagen, Archiv d. BStU Erfurt Kopie im Archiv GfZ

in Berlin zur Vernichtung von Akten gab, damit hielt Schwarz gegenüber den Besetzern der Bezirksverwaltung hinter dem Berg.

Die Erfurter Bürgerinnen und Bürger finden schließlich auch den Computerraum, den es nach Aussage von Generalmajor Schwarzgar nicht gibt. Der Computertechnik gilt die besondere Aufmerksamkeit der „Besetzer“. Ist ihnen doch daran gelegen, die Löschung von Disketten und anderen Speichermaterialien zu verhindern.

„Datendienststelle“ heißt dieser nur für einen kleinen Personenkreis zugängliche Raum, in dem eine Verbindung zu dem zentralen Berliner Speicher besteht. Als einige sachkundige Bürger eine Anfrage nach Berlin starten, um zu erkunden, wie das System funktioniert, kommt die lapidare Antwort: *„Erfurt bekommt keine Auskunft mehr!“*<sup>66</sup>

Später verschaffen sich die Bürger auch Zugang zu der Untersuchungshaft des MfS/AfNS in der direkt daneben gelegenen U-Haft-Anstalt.

---

<sup>66</sup> Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a.a.O. S. 27..



Bild 16 Bürger vor der U-Haft Foto: Archiv GfZ <sup>67</sup>

## 5. Die Bürgerwache

Die Erfurter Bezirksverwaltung ist nun von der Zentrale abgekoppelt. Das Berliner Ministerium hat über einen wichtigen Außenposten keine Kontrolle mehr. Ohne Plan und ohne Kenntnis der Örtlichkeiten laufen die Menschen durch das Dienstobjekt, sichten Akten, zerris sene Blätter, Diensträume mit hochbrisanten Inhalten. Ulrich Scheidt kommt angesichts dieses Chaos auf die Idee, die Computerzentrale zu sichern und zu bewachen. Jetzt, wo die Bürger endlich *drinnen* waren, durfte nichts mehr nach *draußen* verbracht werden. Die Bewachung der „Datendienststelle“ ist die Geburtsstunde der Bürger-

---

<sup>67</sup> Die U-Haft war zu dieser Zeit aufgrund einer Amnestie nicht mehr belegt. Später werden in der vom MfS genutzten oberen Etage, in der anstelle von Fenstern nur Glasziegel Licht einlassen, die Akten aus den aufgelösten Kreisdienststellen eingelagert, bevor sie in der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen zusammengeführt werden. Dadurch bleiben die Räume in dem Zustand von 1989 und sind jetzt in die Gedenk- und Bildungsstätte integriert.

wache.<sup>68</sup> Diese Bürgerwache bewacht ab diesem Moment über mehrere Wochen die Bezirksverwaltung. Wenig später werden der Computerraum und das Herzstück der Behörde, das zentrale Archiv, durch den Militärstaatsanwalt Weißmantel auf Verlangen der Bürgerinnen und Bürger versiegelt.

Im Verlauf der Begehung wird immer wieder deutlich, dass die Mitarbeiter der Staatssicherheit die kontrollierenden Bürger bewusst hintergehen. An der einen Stelle fehlen angeblich Schlüssel, an anderer Stelle ist kein Lageplan vorhanden. Die Konsequenz daraus ist die weitere Versiegelung von Räumen, der Ausbau der Bürgerwache und die Bildung einer unabhängigen Kontrollgruppe. Diese besteht aus zehn Mitgliedern der Bürgerbewegung und engagierten Erfurtern. Vorrangige Aufgabe der Kontrollgruppe ist die Sicherung von Beweismaterial in Zusammenarbeit mit der Militärstaatsanwaltschaft.

---

<sup>68</sup> Uli Scheidt berichtet: „Kurz darauf schrie jemand: ‚Los in den nächsten Raum!‘. In dem Moment, wo alle losstürzten, das Nächste sehen wollten, da habe ich ganz laut gebrüllt: ‚Ihr bleibt hier‘. Alle haben mich irritiert angeguckt. ‚Wir können nicht gehen und das einfach hier weiterlaufen lassen. Die Tür muss zugemacht werden und es muss sich jemand vor die Tür setzen. Klar keiner wollte bleiben, sondern alle mitgehen. Da habe ich mich weit aus dem Fenster gelehnt: ‚Ich garantiere die Ablösung ... die Leute haben dann allerdings Stunden gesessen!‘“, in: Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a. a. O., S. 202 f.



Bild 17 Militärstaatsanwalt Weißmantel versiegelt Räume. Über die Schulter blickt ihm Herbert Gräser, alias IMB Schubert Foto: S. Fromm

Im Laufe der nächsten Stunden kommen weitere Aktive der Bürgerbewegung, des Neuen Forum und des Demokratischen Aufbruch hinzu und beteiligten sich an der Organisation der Bürgerwache.<sup>69</sup>

## 6. Die Kreisdienststelle

Während sich die Bürger der Stadt schon in der Bezirksverwaltung umschauen und die Bürgerwache gebildet wird, bleiben die Tore der Kreisdienststelle in der Straße der Einheit noch geschlossen. Erst nach zähen und mehrstündigen Verhandlungen mit dem Leiter Oberst Schneeberg sowie einem Telefongespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes wird eine dreiköpfige Delegation mit Claudia Bogenhardt und Mathias Ladstätter<sup>70</sup> eingelassen. Nach einem ersten

---

<sup>69</sup> Das sind unter anderen Matthias Büchner, Elmon Grobe (damals Karran), Holger Eisenberg, Dieter Klipphan, Dieter Seidel, Ilona Kühne, Christian Petzold, Dietmar Ritter und Klaus Vockerodt.

<sup>70</sup> Die dritte Person ist möglicherweise Gabi Stötzer. Sie schildert die Verhandlung mit Oberst Schneeberg allerdings so, als hätte sie noch im Rathaus stattgefunden. Die Geschichte des Bürgerkomitees Teil 2, a.a.O. S. 58f

Kontrollgang durch diese drei Personen werden die Räume versiegelt. Da die kontrollierenden Bürger keine bedeutenden Akten finden, gehen sie davon aus, dass wichtige Unterlagen bereits in die Bezirksverwaltung umgelagert waren. Folglich verzichteten sie in der Kreisdienststelle auf die Aufstellung einer Bürgerwache. Nur die angebrachten Siegel werden gegen 23 Uhr auf Unversehrtheit überprüft.

Tatsächlich waren Aktenbestände aus der Kreisdienststelle Erfurt so wie auch aus anderen den Kreisdienststellen weitgehend schon in die Bezirksverwaltung gebracht worden<sup>71</sup>.

### **gegen 16.30 Uhr**

Generalmajor Schwarz setzt am Nachmittag seinen Vorgesetzten in Berlin, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, von der Situation in Kenntnis.<sup>72</sup> Dieser kabela umgehend ein Fernschreiben an alle Leiter der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit. Ab sofort sind alle informiert:

*„Am heutigen Tag drang eine große Menschenmenge gewaltsam in das Bezirksamt Erfurt ein. Weitere Objekte sind bedroht. Die Situation ist noch nicht bereinigt. Aus diesem Anlass wird angewiesen, sofort alle möglichen zusätzlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Objektsicherung zu verstärken und kurzfristig zusätzliche Sperrmaßnahmen durchzusetzen. Der Zutritt unberechtigter Personen ist unbedingt zu verhindern. Es sind alle zur Verfügung stehenden Mittel, Löscheinrichtungen und übergebene spezielle Mittel – außer gezielter Schusswaffenanwendung – zum Einsatz zu bringen. Alle verfügbaren Kräfte sind auf diese Situation einzustellen und entsprechend zu orientieren, um die vorgenannte Aufgabe voll durchzusetzen. Mit der Volkspolizei sind weitere Abstimmungen zum Einsatz zusätzlicher Kräfte herbeizuführen.“<sup>73</sup>*

---

<sup>71</sup> vergleiche die Anweisung von Mielke vom 6. 11.1989

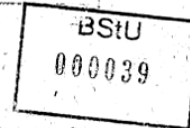
<sup>72</sup> Fernschreiben cfs 05, luft, in: Archiv der BStU Erfurt, siehe Anlage *Information über die gewaltsame Erzwingung des Zutritts oppositioneller Kräfte zum Bezirksamt für Nationale Sicherheit Erfurt*.

<sup>73</sup> Fernschreiben cfs 17, luft vom 4.12.1989 des AfNS, Archivs der BStU Berlin, in *Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt*, Teil 2, a.a.O. S. 123

cfs 17  
L u f t

GVS/VVS	CFS Nr.:	
Datum	Zeit	Sig.
04.12.89	16:30	R
Empf. versch. von:		um:

alle Leiter der kreis- und bezirksämter fuer ns



am heutigen tag drang eine grosse menschenmenge gewaltsam in das ba' erfurt ein. weitere objekte sind bedroht. die situa- tion ist noch nicht bereinigt. aus diesem anlass wird angewiesen, sofort alle moeglichen zusaetzlichen masznahmen einzuleiten, um die objektsicherung zu verstaerken und kurzfristig zusaetzliche sperrmasznahmen durchzusetzen. der zutritt un- berechtigter personen ist unbedingt zu verhindern. es sind alle zur verfuegung stehenden mittel, loescheinrichtungen und uebergebene spezielle mittel - auszer gezielte schuszwaffen an- wendung - zum einsatz zu bringen. alle verfuegbaren kraefte sind auf diese situation einzustellen und entsprechend zu orientieren, um die vorgenannte aufgabe voll durchzusetzen. mit der volkspolizei sind weitere abstimmungen zum einsatz zusaetzlicher kraefte herbeizufuehren.

afns, Leiter  
schwanitz  
generalleutnant

Bild 18 Fernschreiben des Leiters des AfNS vom 4.12.1989 Archiv GfZ

### gegen 18.00 Uhr

Die Stasi ist besetzt und die Gerüchte kochen hoch. Am Flughafen in Erfurt-Bindersleben starten Flugzeuge mit Akten, heißt es. Die sollen nach Rumänien ausgeflogen werden, sagt man. Gegen 18.00 Uhr fahren einige Bürger mit Günther Frank und Manfred Ruge zum Flughafen, um das abzuklären. Ihnen gelingt es bis zur Flugleitung im Tower vorzudringen. Dort wird ihnen versichert, dass es am Tag keine Flugbewegungen gegeben hat<sup>74</sup>.

<sup>74</sup> Interview mit Günter Frank, in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 1, a.a.O. S. 191f





Bild 19 Unter dem MfS-Siegel das später selbstgefertigte der Bürgerwache, dass verhindern soll, dass Stasi-Mitarbeiter unentdeckt Zutritt haben. Foto: A. Graupner

Am frühen Abend trifft sich ein kleiner Kreis von Aktiven, um sich im Rathaus über das weitere Vorgehen zu beraten. Der Oberbürgermeister stellt nach langen Verhandlungen einen Raum mit Telefonanschluss in der Wohnungstauschzentrale zur Verfügung. Das Bürgerbüro nimmt unverzüglich seine Arbeit auf.<sup>75</sup> Durch Mundpropaganda kommen in den Abendstunden des 4. Dezember in der Evangelischen Stadtmission (Johannes-Lang-Haus) etwa einhundert Menschen zusammen. Die Versammelten beschließen, am 5. Dezember ein „Komitee zur Auflösung des Geheimdienstes MfS/AfNS“ zu gründen. Gleichzeitig wird ein Flugblatt erarbeitet, unterzeichnet von „Bürgerinitiative des Kontrollausschusses“, noch in der Nacht gedruckt und am Morgen verteilt.

---

<sup>75</sup> Ob zu diesem Zeitpunkt bereits die Bezeichnung „Bürgerkomitee“ in Rede stand, ist nicht mehr exakt nachvollziehbar.



## Aufruf

an alle Bürger des Bezirkes Erfurt

Am 4. 12. 1989 wurden in der Bezirksverwaltung Erfurt des ehemaligen MfS Akten verbrannt. Dies war Anlaß für eine Bürgerinitiative zur Aufdeckung von möglichem Amtsmissbrauch und Gesetzeswidrigkeiten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Es wurde von Bürgern eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Arbeitsweise des MfS gebildet, die dem neugegründeten Bürgerkomitee Erfurt zugeordnet ist.

Die Kommission setzt sich aus Vertretern von demokratischen Gruppen und Parteien sowie engagierten Bürgern zusammen. Sie will zur vollständigen, kurzfristigen und rückhaltlosen Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Gesetzeswidrigkeiten durch das ehemalige MfS beitragen. Sie will dahin wirken, daß in der Zukunft das Amt für Nationale Sicherheit nicht die Rechte und die Würde der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik antasten kann, sondern in ihrem Aufgabengebiet auf die Abwehr äußerer Angriffe auf die Souveränität unseres Landes beschränkt bleibt.

Obwohl die Auseinandersetzung mit diesem Teil unserer Vergangenheit nicht ohne Emotionen möglich ist, will die Kommission unbegründete Verleumdungen oder gar Gewaltakte gegen Mitarbeiter oder Einrichtungen des ehemaligen MfS verhindern. Das Ziel muß bleiben, den Menschen Genugtuung zu tun, die unberechtigt gelitten haben.

Die Kommission kann nur mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit erfolgreich arbeiten.

Wir rufen alle Bürger auf, die in ihrer Menschenwürde oder in ihren Rechten durch Mitarbeiter des MfS verletzt worden sind, uns zu unterstützen! Sie sind nicht an mündlich oder schriftlich zugesicherte Schweigepflicht gebunden, da eine solche Schweigepflicht von Anfang an verfassungswidrig war.

Wir rufen alle Bürger auf, die gegen ihren Willen und gegen ihr Gewissen zur Mitarbeit beim MfS genötigt wurden, uns zu unterstützen!

Wir rufen alle Bürger auf, die Hinweise zur Aufdeckung von Straftaten des MfS geben können, uns zu unterstützen!

Wir dürfen keine Zeit verlieren. Geben Sie Ihre Hinweise direkt an den für das ehemalige MfS zuständigen Militärstaatsanwalt des Bezirkes Erfurt oder an das Bürgerkomitee Erfurt/Kommission Untersuchung MfS/Bürgerbeschwerden, Fischmarkt 1, Zi 02, Erfurt, 5020.

Vermerken Sie bitte bei Hinweisen an uns, ob Sie diese zur Veröffentlichung freigeben.

Erfurt, 5.12.1989

Unabhängige Kommission  
Untersuchung MfS / Bürgerbeschwerden

Bild 20 Aufruf vom 5.12.1989 Archiv GfZ

## 7. Die „Stasi“ ist besetzt

Unter den vielen politisch bewussten Bürgerinnen und Bürgern, die aufmerksam die Entwicklung während des Herbstes 1989 beobachten und aktiv für Veränderungen in der DDR eintreten, gibt es immer

wieder mutige Menschen, die durch ihren persönlichen Einsatz Entscheidendes bewirken. Das ist am außerordentlichen Beispiel der erstmaligen Besetzung einer Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in der DDR ganz besonders hervorzuheben.

Die „Besetzung“ der Staatssicherheit in Erfurt wird möglich,

- weil Kerstin Schön und Sabine Fabian am Morgen des 4. Dezember 1989 die Initiative ergreifen und es ihnen zusammen mit Gabi Stötzer, Tely Büchner und Claudia Bogenhardt gelingt, viele andere für ihr Vorhaben zu mobilisieren;
- weil Angelika Schön aufgrund eigener Informationen ebenfalls unabhängig von den anderen die Initiative ergreift und viele Menschen mobilisiert;
- weil Almuth Falcke, nachdem sie von der Aktenvernichtung erfahren hatte, mit Telefonanrufen eine weitere Informationskette in Gang setzte;
- weil aus der Idee, die in der DDR behauptete „Rechtsstaatlichkeit“ beim Wort zu nehmen, offizielle Stellen wie der Rat der Stadt und der Rat des Bezirkes Erfurt durch Kerstin Schön, Gabi Stötzer, Tely Büchner, Claudia Bogenhardt sowie Manfred Ruge einerseits und andererseits die Bezirksstaatsanwaltschaft von Barbara Sengewald und Angelika Schön aufgesucht und zur Kooperation aufgefordert werden;
- weil sich sehr schnell eine immer größer werdende Menschenmenge vor der Bezirksverwaltung und der Kreisdienststelle des MfS/AfNS einfindet;
- weil durch den Druck der vor den Toren Versammelten eine Gruppe von zehn Personen in das Gebäude der Bezirksverwaltung eingelassen wird, um Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Staatssicherheit zu führen;
- weil diese „Gruppe der 10“ Initiative, Engagement und Mut beweist und Almuth Falcke sich spontan bereit erklärt, die Leitung und Gesprächsführung gegenüber den leitenden Offizieren zu übernehmen – damit wird die eigentliche Besetzung ausgelöst;

- weil Ulrich Scheidt mit der Gründung der „Bürgerwache“ und der Versiegelung der Räume das MfS/AfNS daran hindert, wieder zu seinen „normalen“ Arbeitsabläufen zurückzukehren;
- weil durch die Krise der SED auch die Staatssicherheit in eine Krise geraten ist: als Herrschaftsinstrument der SED – als „Schild und Schwert der Partei“ war das MfS/AfNS mit dem Ende dieser Partei und durch den Druck des Volkes in seiner Macht erheblich eingeschränkt. Hinzu kam ein Motivationsverlust in den Reihen der eigenen Mitarbeiter.

Die am 4. Dezember 1989 in Erfurt begonnene und erfolgreich verlaufene erste Besetzung einer Bezirksverwaltung war eine spontane Aktion<sup>76</sup>, für die die Zeit reif war. Begonnen mit der Kraft und dem Durchsetzungswillen mutiger Frauen konnte sie durch die Beteiligung vieler Frauen und Männer gelingen<sup>77</sup>. Stunden später wurde Erfurt zum Vorbild für die „Besetzungen“<sup>78</sup> aller anderen Bezirksämter.

---

<sup>76</sup> Sowohl Gabi Stötzer in einem Artikel von 1999 als auch sie und Sabine Fabian, Kerstin Schön, Tely Büchner in ihrem gemeinsamen Interview 2009 beschreiben, wie nach und nach die nächsten Schritte beschlossen werden, von einem Plan ist an keiner Stelle die Rede: „...wir mussten selbst in die Stasizentrale hinein und beschlossen darum jetzt, sofort, mit der Stasibesetzung zu beginnen. Wir wussten nicht genau wie“. Demnach war sich K. Schön mit den anderen einig, „die Leute aufzurufen, die Staatssicherheit zu stürmen“. Übereinstimmend berichten G. Stötzer, 2000 und K. Schön „Gabi hatte dann die Idee, Frauen aus anderen Frauengruppen mit einzubeziehen“.

Die seit 2013 verbreitete Aussage, dass ein Ablaufplan für die Besetzung und wie man vorgehen könnte bereits Abend des 3. Dezember entwickelt wurde, ist deshalb fragwürdig. Sicherlich stellt sich das subjektiv in der Erinnerung so dar. Das ist aber insofern nicht relevant, als diese Personen an der Initiative und den ersten Schritten beteiligt waren.

<sup>77</sup> Auch die seit 2013 immer wieder zu lesende Aussage, dass „5 Frauen die Initiative ergriffen“ haben – oder sogar die Formulierung, dass „5 Frauen die Stasi besetzt haben“ ist so schlicht falsch. Es besteht kein Zweifel, dass die Gabi Stötzer, Sabine Fabian, Kerstin Schön, Tely Büchner und Claudia Bogenhardt an ganz aktiv beteiligt waren. Zugleich waren aber weitere Personen wie Angelika Schön, Almuth Falcke, Elisabeth Kaufhold, Barbara Sengewald, Manfred Ruge und Ulrich Scheidt aktiv an der Besetzung beteiligt, Es macht daher keinen Sinn, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Gruppe von Initiatorinnen abschließend zu definieren.

<sup>78</sup> Am selben Abend wurden die Bezirksverwaltungen in Leipzig, Suhl und Rostock besetzt, am nächsten und übernächsten Tag die in den anderen Bezirksstädten. Die Zentrale der Stasi in Berlin wurde jedoch erst am 15. Januar besetzt.

### III. Die Gründung der Bürgerwache, des Bürgerkomitees und des Bürgerrates und ihre Organisationsstrukturen



Bild 21 Haupteingang der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS im Dezember  
Foto: Matthias Sengewald

## 8. Die Organisation der Bürgerwache

Nachdem bereits einige am 4.12.89 inspizierte Diensträume, Archive und die Datenendstelle durch den Militärstaatsanwalt versiegelt wurden, war nicht sicher, dass damit weitere Aktenvernichtung unterbunden war.

Als erste Maßnahmen wurden von der Bürgerwache rund um die Uhr die versiegelten Räume und die gebäudeeigenen Zugänge bewacht, und bei begründetem Verdacht die Taschen der das Gebäude betretenden und verlassenden Angehörigen des MfS/AfNS kontrolliert.

Bis Mitte Dezember wurden die Kreisdienststelle und weitere Objekte (z.B. konspirative Wohnungen) in die Überwachung einbezogen. Anfangs gab es eine große Bereitschaft in der Bevölkerung und so waren bis zu 120 Personen in der Bürgerwache tätig. Ständig waren

zwischen 8 und 35 Bürger als Wachposten im Einsatz. Hinzu kamen Bürger, die Kurier- und Beobachtungsaufgaben übernahmen.

Ulrich Scheidt hatte zu Beginn spontan die Leitung übernommen. Er koordinierte Aktivitäten, besorgte einen ersten Raum, Telefon und Schreibmaschine. In der Anfangszeit der Bürgerwache konnten relativ geordnete Wachabläufe organisiert werden, d.h. alle 2 Stunden wurden die Wachen abgelöst bzw. gewechselt. Das kurz darauf gegründete Leitungsgremium war im Wechsel rund um die Uhr in der Bezirksbehörde anwesend. Die Bürgerwache war dem Bürgerkomitee direkt zugeordnet.

Ursprünglich sollte die Bürgerwache bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 aufrecht erhalten bleiben. Es wurde jedoch immer schwieriger, engagierte Bürger für die Bürgerwache zu gewinnen. Schon in der Sitzung des Bürgerrates vom 12.12. 1989 wurde festgestellt, dass die Bewachung wegen mangelnder Beteiligung in Frage gestellt war. Am 19.12. 1989 wurde in der ganzen Stadt ein Flugblatt verteilt, das unter der Überschrift "Es brennt" Bürger zur Unterstützung aufrief. Auch auf den Demos wurde zur Unterstützung der Bürgerwache aufgerufen. Die Aufrufe hatten vorübergehend Erfolg, doch schon am 29.12.1989 erklärte der Bürgerrat, dass die Kontrollen ab Januar nicht mehr durchführbar seien.



Bild 22 Bürgerwache. Foto: S. Fromm



In den Protokollen des Bürgerrates und des Bürgerkomitees sind die Belastungen aufgeführt, mit denen die Bürgerwache konfrontiert war: Von Täuschung, von Bedrohung und Einschüchterung, von Verspottung der Wachdienst leistenden durch MfS-Angehörige, von MfS-Sendern, die noch in Betrieb sind, von Aktenvernichtung ist hierin die Rede.

Weiter heißt es im Protokoll vom 8.1.1990: *„In der Andreasstraße haben weiterhin ehemalige Mitarbeiter des MfS Zugang. Hier laufen Dinge, die wir nicht durchschauen und die uns beunruhigen. Am Donnerstag herrschte euphorische Stimmung beim MfS. Die BW kritisierte die destruktive Zusammenarbeit mit der Volkspolizei. Die Volkspolizei folgt den Anweisungen von MfS-Angehörigen, lässt Mitarbeiter ein und gibt Schlüssel weiter. Bürgerwache werden von der Volkspolizei ignoriert“.*<sup>79</sup>

Dennoch wurde die Bürgerwache, wenn auch nicht im notwendigen Umfang, bis zur Beendigung des Hungerstreiks im April 1990 aufrecht erhalten.

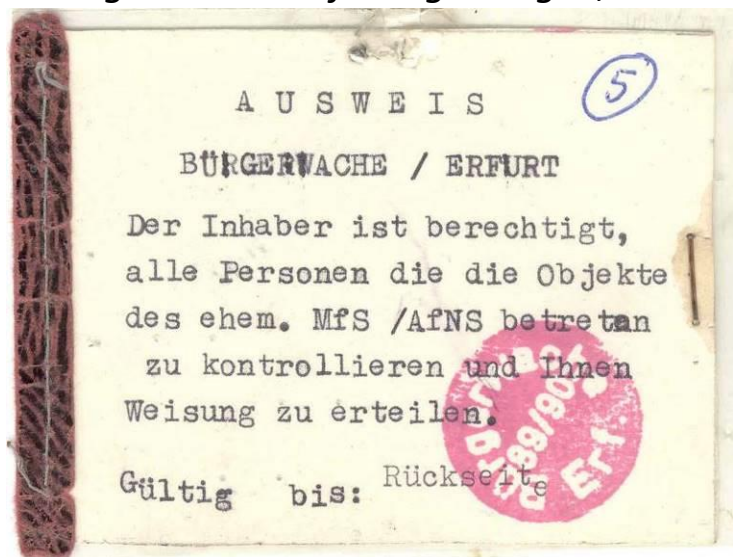


Bild 23 Ausweis der Bürgerwache. Archiv GfZ

## 9. Die Gründung des Bürgerkomitees

Mit der Besetzung ist die Macht über die Staatssicherheit den Bürgern der Stadt Erfurt in die Hände gefallen.

*„Nach der Besetzung am 4. 12. 1989 musste ein Gremium geschaffen werden, das Entscheidungen zur weiteren Verfahrensweise treffen kann. Dieses Gremium sollte alle an der Besetzung Beteiligten einbeziehen und demokratisch aufgebaut sein, es musste sehr schnell arbeitsfähig sein. Da unsere Besetzung die erste in der DDR war, konnte auch mit anderen Bezirksstädten kein Austausch erfolgen und*

<sup>79</sup> Siehe Protokolle des Bürgerrates vom 5.1.1990 und Bürgerkomitee vom 8.1.1990 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

*es bestand Angst vor gewaltsamen Übergriffen von beiden Seiten. Zwar war unsere Aktion von Gewaltlosigkeit geprägt, aber die Wut und der Hass gegen die Stasi war so groß, dass wir befürchteten, eine gewalttätige Zerstörungsaktion könne folgen. Damit wäre die relativ organisierte Besetzung in ein Chaos übergegangen und Gewaltlosigkeit wäre nicht mehr möglich gewesen. Außerdem wäre die Vernichtung der Akten auf andere Art weitergegangen und damit die Aufarbeitung unmöglich gemacht worden.*

*Da zu diesem Zeitpunkt weder die Stadtverordnetenversammlung noch der Rat der Stadt in irgendeiner Form von der Bevölkerung als legitimiert oder befugt angesehen wurde und damit auch nicht mehr berechtigt war, einzugreifen oder Entscheidungen zu treffen, beschlossen wir, ein parlamentarisches Gremium zu bilden, in dem paritätisch alle an der Besetzung beteiligten Vertreter von neuen und alten Parteien, Bürgerbewegungen und anderen Gruppen mitarbeiten sollten.“<sup>80</sup>*

Am Nachmittag des 5. Dezember 1989 findet die konstituierende Sitzung des „Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit“ im Sitzungssaal des Erfurter Rathauses statt. OB Hirschfeldgab die geforderten Räumlichkeiten frei. Der Bürgerrat wird als Leitungsgremium gebildet. Mehrere Untersuchungskommissionen nehmen ihre Arbeit auf und stoßen dabei immer wieder an Grenzen. Die Hauptamtlichen denken gar nicht daran, ihr Wissen zu teilen oder die Macht einfach so aus den Händen zu geben. Ein zähes Ringen um das Wissen über die Struktur und Organisation der Staatssicherheit beginnt.

Am späten Abend des 6. Dezember 1989 ordnet Generalleutnant Schwanitz über ein Fernschreiben an, welche Unterlagen von Bürgerrechtsbewegungen und autorisierten Kontrollgruppen eingesehen werden dürfen. Es sei in eigener Zuständigkeit zu entscheiden, zu welchen Dokumenten und Unterlagen Einsicht zu gewähren ist und welche Räumlichkeiten betreten werden dürfen. Bei folgenden geheimen Dokumenten und Materialien sei in jedem Fall die

---

<sup>80</sup> Barbara Sengewald (damals Weisshuhn) in „Geheimdienste – Nein Danke“, Bürgerkomitee Erfurt, Dezember 1990.

Einsichtnahme zu verhindern und zu verweigern: IM/GMS-Unterlagen, einschließlich IM/GMS-Nachweise, Dokumente zur Organisation der Aufklärung und Spionageabwehr und zur Arbeit im und nach dem Operationsgebiet (Bundesrepublik), Grundlagendokumente (u. a. zum Befehl Nr. 11/79), OV, OPK und andere Materialien, aus denen konkrete Schlussfolgerungen zu IM's möglich sind.<sup>81</sup>

Doch das bereits aktive Bürgerkomitee hat ganz andere Ziele: Die Akten sollen offengelegt werden, um die Arbeit des Geheimdienstes ein für alle Mal zu beenden und eine Rehabilitierung der Bespitzelten zu ermöglichen. Das Bürgerkomitee wird dabei immer wieder behindert und oft an der Nase herumgeführt. Aber letztlich kann nicht verhindert werden, dass das „Stasi-Unterlagen-Gesetz“ 1991 beschlossen und die Einsichtnahme in diese Akten für alle gesetzlich geregelt wird.<sup>82</sup>



Bild 24 Tagung des Bürgerkomitees im Ratssitzungssaal. Foto A. Graubner

---

<sup>81</sup> Vgl. Fernschreiben des AfNS vom 6.12.1989, cfs 44 Luft: Archivs d. BStU Berlin in Die Geschichte des Bürgerkomitees Erfurt, Teil 2, a.a.O. S. 152f

<sup>82</sup> Es ist ein langer Weg bis dahin, der in der Broschüre „Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt, Teil I“ ausführlich dargestellt wird.



Das Bürgerkomitee bestand aus 11 stimmberechtigten, gleichberechtigten und gleichstarken Fraktionen aller oppositionellen Gruppierungen und den Parteien, die sich für den demokratischen Umgestaltungsprozess der DDR einsetzen wollten.

Die folgenden Vereinigungen und Parteien waren beteiligt:

- Neues Forum,
- Demokratischer Aufbruch,
- Bürgerinneninitiative "Frauen für Veränderung",
- "Offene Arbeit" der evangelischen Kirche,
- SDP (später SPD)
- Grüne Partei
- LDPD
- NDPD
- CDU
- DBD
- Fraktion der Parteilosen

Jede Fraktion hatte 5 Sitze, demzufolge 5 Stimmen. Eine Ausnahme bildete die Fraktion der Parteilosen: Sie besaß 10 Sitze und Stimmen. Weiterhin war je ein Vertreter der Evangelischen und Katholischen Kirche in das Bürgerkomitee eingebunden.

Der SED wurde keine Fraktion eingeräumt, weil das MfS das Machtinstrument der SED war. Erst am 9. Dezember erhielt die SED einen Beobachterstatus ohne Abstimmungsrecht. Das Bürgerkomitee mit seinen 62 Mitgliedern traf sich zweimal wöchentlich (jeweils Montags und Donnerstags) ab 14.00 Uhr im Sitzungssaal der Stadtverordneten des Erfurter Rathauses. Die Sitzungen waren öffentlich.

Die erste Aufgabe bestand darin, den "Organismus der Stadt" aufrecht zu erhalten.<sup>83</sup>

Im Unterschied zu anderen Bürgerkomitees sollte die Aufgabe des Erfurter Bürgerkomitees nicht allein in der Bewachung des MfS und der Sicherung der Stasi-Unterlagen bestehen, sondern auch in der Übernahme von Lenkungs- und Leitungsaufgaben für die Gewährleistung des öffentlichen Lebens in der Stadt.

---

<sup>83</sup> Siehe Protokoll des Bürgerrates vom 7.12.1989 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

Dass mit einem solch großen Gremium Verhandlungen mit Vertretern des MfS, dem Regierungsbeauftragten, den Leitern der Volkspolizei, den Staatsanwälten, den Vertretern des Rates des Bezirkes nicht zu führen waren, wurde schon in der ersten Sitzung festgestellt. Deshalb wurde beschlossen, ein kleineres Gremium zu bilden. Jede Fraktion benannte einen Sprecher, der diese in einem Bürgerrat vertrat.

## 10. Der Bürgerrat und das Bürgerbüro

Zur Gewährleistung einer effektiveren Arbeit des Bürgerkomitees, z.B. der Koordinierung erforderlicher Aktionen, wurde bereits während der konstituierenden Sitzung am 5.12.1989, also am gleichen Tag, ein Bürgerrat gebildet. Der Bürgerrat war eine Art Exekutive (Analog zum Rat der Stadt), der zusätzlich zu seinen festgelegten Aufgaben auch die Sitzungen des Bürgerkomitees leitete. Die Legitimation für seine Arbeit erhielt der Bürgerrat vom Bürgerkomitee.



Bild 25 Sitzung des Bürgerrates. Foto A. Graubner

Der Bürgerrat setzte sich zusammen aus je einem Vertreter, die von den genannten Fraktionen delegiert wurden. Nur die Fraktion der Parteilosen stellte 2 Vertreter. Der Bürgerrat bestand also aus 12 Personen, er kam fast täglich in nicht öffentlichen Sitzungen zusammen.

Mit dieser Organisationsstruktur konnte das Bürgerkomitee bis nach der Volkskammerwahl am 18.3.1990 arbeiten. Mit der Auflösung der alten DDR- Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 1990 und nach der Gründung des Interimsparlamentes<sup>84</sup> schieden immer mehr Fraktionen aus dem Bürgerkomitee aus. Die Notwendigkeit des Bestehens eines Bürgerrates bestand nicht mehr.

In einem vom Rat der Stadt bereitgestellten Raum der Wohnungstauschzentrale in der Michaelisstraße 3-4 wurde schon am 5.12. das Bürgerbüro eingerichtet und war von Montags bis Freitags von 7-20 Uhr geöffnet. Es wurde durch Mitglieder der einzelnen Fraktionen besetzt, die abwechselnd einen 24 Stundendienst taten. An das Bürgerbüro konnten Hinweise, Anfragen und Rehabilitierungsersuchen von Bürgern persönlich oder telefonisch eingereicht werden.

## **11. Das Bürgerkomitee und die Arbeit der Untersuchungsgruppen**

Unmittelbar nach der konstituierenden Versammlung des Bürgerkomitees am 5. Dezember 1989 wurden fünf Untersuchungsgruppen gebildet, die dem Bürgerkomitee direkt zugeordnet waren und die Detailaufgaben in verschiedenen Bereichen der MfS-Auflösung wahrnahmen:

- Untersuchungsgruppe Bürgerbeschwerden /Rehabilitation
- Untersuchungsgruppe Rechentechnik/Datenbank/Objekte
- Untersuchungsgruppe personelle und materielle Aufwendungen
- Untersuchungsgruppe Strukturen
- Untersuchungsgruppe Verbindung SED-MfS

---

<sup>84</sup> Das Interimsparlament war nach derselben Struktur wie das Bürgerkomitee zusammengesetzt.

## Die Untersuchungsgruppe Rechentechnik/Datenbank



Bild 26 Blick in einen der Räume mit Technik. Foto A. Graubner

Zielstellung der Untersuchungsgruppe war es, durch Aufspüren, Abschaltung, Überwachung möglichst aller rechentechnischer Anlagen, Datenspeichermöglichkeiten, Nachrichtenverbindungen und Abhöreinrichtungen um eine praktische Fortführung der Tätigkeit des MfS/AfNS zu verhindern. Dazu gehörten alle Dienststellen und Objekte des MfS/AfNS, einschließlich der konspirativen Wohnungen und Räume in Betrieben und staatlichen Einrichtungen.

An Rechentechnik wurden Rechner aus der DDR-Produktion vom VEB Robotron, (K 1510, K1520, K1530, ein PC 1715, ein EC 1834) vorgefunden. Im Vergleich mit der in der Industrie eingesetzten Rechentechnik war die in der Bezirksverwaltung vorgefundene unmodern. Größere Bestände an Disketten und Magnetbändern konnten nicht festgestellt werden.

Des Weiteren wurde in der Bezirksverwaltung eine Standleitung nach Berlin in einem Kellerraum der Abt. XII vorgefunden. Das war das eine chiffrierte Verbindung über die bestimmte Suchaufträge ausgelöst werden konnten.

### **Die Untersuchungsgruppe Objekte**

Aufgabe der Untersuchungsgruppe war die Aufdeckung der konspirativen Wohnungen und Gebäude.

Die Untersuchungsgruppe konnte nach einmonatiger Tätigkeit, auch in Verbindung mit den vielen, im Bürgerbüro eingegangenen Hinweisen, 27 Objekte aufdecken. Sie wurden bis zum 15.1.1990 einer anderen Nutzung übergeben. Dazu gehören auch Räume, die zum Abhören von Telefonaten in den Fernmeldeämtern 7 in Erfurt-Nord und 4 Erfurt-Herrenberg in die Abhörzentrale in der Bezirksverwaltung geschaltet wurden.

Konspirative Objekte und konspirative Wohnungen aufzudecken war schwierig; es gab lediglich Teilerfolge. Die Untersuchungsgruppe stellte fest, dass durch gezielte Behinderung nur 20% der Hinweise geklärt werden konnten.

### **Die Untersuchungsgruppe Bürgerbeschwerden /Rehabilitation**

Die Bildung dieser Untersuchungsgruppe erfolgte aufgrund der Anfragen und Erlebnisberichte von Betroffenen, die im Bürgerbüro eingingen. Man hatte vor, Rehabilitierungsanträge vorzubereiten und diese zur rechtswirksamen Bearbeitung weiterzuleiten. Zudem sollten aus den eingegangenen Informationen Vorgänge mit strafrechtlicher Relevanz herausgearbeitet werden.

Beschwerden von Bürgern, denen in der Vergangenheit schweres Unrecht zugefügt wurde, denen zum Teil ihre berufliche Existenz zerstört wurde und die zum Teil noch unter schweren gesundheitlichen Schäden leiden. Umfang ca. 25%.

Konkrete Hinweise von Bürgern, welche die Arbeitsweise des MfS beschrieben und damit dazu beitrugen, die Strukturen des organisierten Unrechts aufzudecken. Umfang etwa 40%.

Anonyme und ungenaue, nicht beweisbare Behauptungen, die in ihrer Summe aber das Bild einer in Angst und Unsicherheit gehaltenen Bevölkerung beschreiben. Umfang etwa 5%.

Bitten um Einsichtnahme in die persönliche Stasi-Akte. Umfang 30%.

Daraus ergaben sich für die Untersuchungsgruppe zwei grundsätzliche Aufgaben:

- Aufbereitung der Erkenntnisse, um mit den Ergebnissen zur öffentlichen Auseinandersetzung mit der SED- und Stasi-Vergangenheit beizutragen.
- Für Hilfe der Opfer und Benachteiligten der SED-Diktatur zu sorgen.

### **Die Untersuchungsgruppe personelle und materielle Aufwendungen**

Die Untersuchungsgruppe sollte aufdecken mit welchem personellen und finanziellen Aufwand die Bepitzelung der Bevölkerung betrieben wurde.

### **Die Untersuchungsgruppe Strukturen**

Die Untersuchungsgruppe setzte sich als Aufgabe die gesamte Aufbau- und Ablaufstruktur der Stasi zu ergründen. Daraus sollten Verantwortlichkeiten abgeleitet und eine Basis für eine relevante Strafverfolgung gewonnen werden.<sup>85</sup>

### **Die Untersuchungsgruppe Verbindung SED-MfS/AfNS**

Da relativ zeitig bekannt war, dass die Stasi nicht ein Staat im Staate war, sondern ein Machtinstrument der SED und für deren Machterhaltung mit verantwortlich war, richtete sich das Ziel dieser Unter-

---

<sup>85</sup> Siehe Ebenda

suchungsgruppe auf die Vernetzungen zwischen SED und MfS/AfNS, diese zu erforschen und aufzudecken.<sup>86</sup>

### **Die Untersuchungsgruppe Reintegration**

Die Untersuchungsgruppe Reintegration wurde am 23. Januar 1990 gebildet, als mit der personellen Auflösung und der Entlassung der Mitarbeiter des MfS/AfNS begonnen wurde.

Die Aufgabe bestand in der Überwachung der Entlassung der ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS. und ihrer Reintegration entsprechend der Forderung „Stasi in die Volkswirtschaft“ und der Kontrolle der Vermittlung und Wiedereinstellung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS/AfNS durch das Arbeitsamt. Von den 2.900 hauptamtlichen Mitarbeitern der Stasi im Bezirk Erfurt waren allein in Erfurt etwa 1.950 beschäftigt. Es galt zu verhindern, dass die Entlassenen in sensiblen Bereichen eingesetzt werden, wie in der

- Volksbildung/Tätigkeiten mit Erziehungseinfluss auf Kinder und Jugendliche,
- -Post- und Fernmeldeämtern mit Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten,
- Zollverwaltung,
- -staatlichen Stellen,
- -Datenerfassung und Datenverarbeitung,
- -Taxiunternehmen,
- -leitenden Stellen in der Wirtschaft,
- -der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik

### **Die Untersuchungsgruppe Telefonüberwachung**

Aufgabe für den Bereich Telefonüberwachung war die Überprüfung, welche Telefonanschlüsse ehemaliger Mitarbeiter bevorzugt und ausschließlich auf Grund ihrer Tätigkeit beim MfS/AfNS eingerichtet wurden, mit dem Ziel, diese Anschlüsse der Bevölkerung zugänglich zu machen.

---

<sup>86</sup> Siehe Ebenda

## 12. Das Bürgerkomitee und die Regierungskommission

Das BK war bereits bei seiner konstituierten Sitzung am 5.12.1989 darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass Ministerpräsident Modrow einen Regierungsbeauftragten als Kontaktperson zur Regierung nach Erfurt entsenden wollte. Noch am 5.12 traf der Sonderbeauftragte Bernhard Schenk in Erfurt ein. Schenk war nach eigenen Angaben zuvor im Landwirtschaftsministerium tätig gewesen und wurde für seine Tätigkeit als Sonderbeauftragter mit weit reichenden Vollmachten ausgestattet. Dass Schenk selbst Mitarbeiter des MfS und Offizier im besonderen Einsatz (OibE) sei, wurde immer wieder vermutet, aber definitiv erst viel später festgestellt.<sup>87</sup>

Die grundsätzliche Aufgabenstellung für den Regierungsbeauftragten sah vor, für Arbeitsmöglichkeiten der Mitarbeiter des MfS/AfNS in Erfurt zu sorgen. Diese Arbeitsmöglichkeiten sollten sich auf die Bereiche Aufklärung, Spionageabwehr, Verfassungsschutz, Neofaschismus und Terrorismus konzentrieren. Damit sollten die bereits auf der Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Gltn. Schwanitz als Leiter des AfNS am 21.11.1989 genannten Aufgabenstellungen und Anweisungen an die Mitarbeiter des AfNS umgesetzt werden.

Am 6.12. traf sich Schenk mit dem Bürgerkomitee, mit Vertretern der Staatsanwaltschaft und der Volkspolizei zu einem ersten Meinungsaustausch im Rathaus. Er erläuterte seinen Auftrag, der in erster Linie in der sicheren Verwahrung von Akten und Unterlagen aus dem BA und den KD bestand.

Die eigentliche Regierungskommission konstituierte sich am 8.12. 1989. Ihre Befugnisse und Aufgaben waren nicht durch gesetzliche Bestimmungen definiert, sondern durch den Auftrag der Regierung Modrow, die Forderungen des Bürgerkomitees und durch die Entwicklung der öffentlichen Meinung bestimmt.

Leiter der Kommission war der Sonderbeauftragte Schenk. In die Regierungskommission wurden berufen:

- Ein Staatsanwalt in Vertretung des Militärstaatsanwaltes,

---

<sup>87</sup> Siehe Die Auflösung des MfS- die Arbeit der Bürgerkomitee in den Bezirken 1989/90 Seite 20



- Vertreter des Bezirksgerichtes,
- Volkammerabgeordnete,
- Ein Vertreter des Präsidiums der Volkspolizei,
- Zwei Mitarbeiter des Staatsarchivs Weimar,
- Vier Vertreter aus dem Erfurter Bürgerkomitee

Während des gesamten Zeitraums der Arbeitstätigkeit hat in dieser Kommission der genannte Personenkreis, (außer dem Vertreter des Bezirksgerichtes), mitgearbeitet, Offiziere des MfS/AfNS des Bezirksamtes Erfurt wurden in die Arbeit konsultativ einbezogen.

Diese Kommission verfolgte zunächst nur einen Auftrag, (nämlich den des Regierungsbeauftragten Schenk), der konkret darin bestand, alle Gebäude des MfS/AfNS Schritt für Schritt von Unterlagen und von vorhandener Technik zu beräumen. Soweit nachvollziehbar, wurden damals zuerst die Abteilungen M (Postkontrolle), 26 (Telefon- und Raumüberwachung) und N (Nachrichten), die sich im Neubau befanden, von der Regierungskommission beräumt. Die dabei "sicher gestellte" operative Technik verschwand ohne weitere Bürgerkontrolle in den Händen der Deutschen Volkspolizei.

Von Mitgliedern des Bürgerkomitees und der Bürgerwache wurde festgestellt, dass Beräumungen durchgeführt wurden, von denen die in der Regierungskommission arbeitenden Mitarbeiter des BK nichts oder nur wenig wussten. Zudem konnten sie keine oder nur wenig Kontrolle über die von Schenk angewiesenen Aktionen, ausüben. Daraufhin entschied sich das Bürgerkomitee die Regierungskommission durch weitere Personen aus dem Bürgerkomitee zu verstärken. Damit sollte ein stärkerer Gegenpol zum Regierungsbeauftragten gebildet werden und auch um eigene Untersuchungsarbeit leisten zu können.

Die Zielstellungen des Regierungsbevollmächtigten Schenk und die des Bürgerkomitees waren einander entgegen gerichtet. Das Bürgerkomitee verfolgte die Zielstellung der vollständigen Zerschlagung des Geheimdienstes sowie die Sicherung der Freiheit und Würde der Bürger.

Ziel des Regierungsbevollmächtigten waren die Neustrukturierung des Geheimdienstes im AfNS bzw. in einem Verfassungsschutz, die Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Sinne der Konsolidierung der Macht der Regierung und die Sicherung der Interessen der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter und der Mitglieder der SED/PDS.

Im Spannungsfeld dieser unterschiedlichen, widersprüchlichen Zielstellungen setzten die BK-Mitglieder dennoch folgende Aufgaben durch:

- Sicherung und Aufbereitung des vorhandenen Aktenmaterials,
- Entwaffnung der Mitarbeiter des MfS/AfNS,
- Aufdeckung möglicher Straftaten des MfS/AfNS und der SED,
- Aufdeckung der Strukturen des MfS/AfNS,
- Zerstörung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Bespitzelung der Bevölkerung.<sup>88</sup>

Die Regierungskommission arbeitete täglich. Der Regierungsbevollmächtigte hatte ständigen Direktkontakt mit dem Bürgerrat und der Leitung des MfS/AfNS unter Ausschluss der anderen Mitarbeiter der Regierungskommission. Dadurch schuf er sich einen ständigen Informationsvorlauf.

Die Aufbereitung des vorhandenen Aktenmaterials erfolgte schrittweise nach folgender Rangordnung:

- Akten, die zur Arbeit eines reorganisierten Geheimdienstes benötigt wurden z.B. Schutz von Diplomaten, äußere Sicherheit, Anti-Terror-Einheiten;
- Akten, die zur Aufklärung von Vergehen und Verbrechen notwendig sind;
- Akten zur Archivierung im Staatsarchiv, die der Dokumentation der Zeitgeschichte dienen;
- Akten, die zur späteren Vernichtung vorgesehen sind (Personendossiers).

Zu Beginn der Durchführung dieser Tätigkeit wurde es den noch arbeitenden Abteilungen des MfS/AfNS überlassen, die Vorsortierung

---

<sup>88</sup> Siehe Protokoll Bürgerkomitee vom.18.12.1989 und Flugblatt der Bürgerwache in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

der Akten nach den genannten Kriterien zu übernehmen. Auch die Sicherung des Aktenmaterials wurde schrittweise vorgenommen.

Die Sichtung und Versiegelung der Räume bzw. Panzerschränke, in denen relevantes Material lagerte wurden bis zum 21.12.1989 abgeschlossen.

Die Räumung des Neubaus und Umlagerung aller Akten in Keller und Büroräume des Altbaues wurde am 25.1.1990 abgeschlossen. Dabei wurden die Akten durch einen Mitarbeiter des Staatsarchivs gekennzeichnet und eingeordnet.

Die Räumung einer Etage in der Untersuchungshaftanstalt, in der Akten verschiedener KD lagerten, wurde am 17.1.90 abgeschlossen. Unerledigt blieb im Februar die Räumung der Abteilungen im Altbau.

In der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS lagerten ca. 5.000 laufende Meter Akten. Von 1,2 Millionen Einwohnern des Bezirkes Erfurt waren etwa von 200.000 Einwohnern persönliche Dossiers angelegt worden. Diese Akten bildeten einen Großteil des vorgefundenen Materials. Dazu kamen Auswertungen, Berichte, Anweisungen und Richtlinien, die für die innere Verwaltung der Stasi notwendig waren.

Die vollständige Aufdeckung der Strukturen des MfS/AfNS gelang durch die Regierungskommission nicht. Das bezieht sich im Besonderen

- auf das Zusammenwirken des MfS/AfNS mit der SED und den staatlichen Organen,
- auf die Rolle und Funktion der OibE und der hauptamtlichen IM's.<sup>89</sup>

Die Regierungskommission hat relativ kurze Zeit gearbeitet. Dennoch war ihre Arbeit effektiv im Herausfinden von "Staatsgeheimnissen", die die Interessen der Bürger betrafen. Es wurde in Erfurt relativ intensiv über solche Staatsgeheimnisse durch die Vertreter des Bürgerkomitees in der Regierungskommission informiert, wie

---

<sup>89</sup> Siehe Christian Petzold und Klaus-Alfred Vockerodt in "Geheimdienst - Nein danke!" Bericht des Bürgerkomitees Erfurt über die Auflösung des MfS/AfNS Dez.1990

beispielsweise über die Vorbereitung von Isolierungslagern für Andersdenkende.

### **13. Das Bürgerkomitee und die Sicherheitspartnerschaft**

In den Beratungen des Bürgerkomitees und des Bürgerrates zur Organisation und Durchführung von Demonstrationen, war die Sicherung derselben vorrangig.

"Keine Gewalt!" war oberstes Gebot. Die Vorbeugung möglicher gewalttätiger Ausschreitungen stellte hohe Anforderungen an das Verantwortungsbewusstsein des Bürgerkomitees und war jedes Mal eine Bewährungsprobe.

Für das Bürgerkomitee war es vorrangige Aufgabe für Gewaltfreiheit und Mäßigung zu sorgen. "Unrecht müssen wir mit den Mitteln der Rechtsstaatlichkeit begegnen", heißt es in einem Aufruf, den der Arbeitskreis Gewaltfreiheit des NF und die Arbeitsgruppe Friedensfragen des „Demokratischen Aufbruch“ herausgegeben hatte.<sup>90</sup>

Sehr oft traten Mitglieder des Bürgerkomitees als Ordner und Schlichter mit Armbinde auf.

Ebenso war auch für die persönliche Sicherheit von Mitarbeitern des MfS/AfNS zu sorgen. Zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung und zur Vorbeugung gegen Radikalisierung wurden Einzelinformationen über Stasimitarbeiter nicht an die Kundgebungsteilnehmer auf dem Domplatz weitergegeben.<sup>91</sup>

Das Bürgerkomitee hatte mit seinem Sitz in der Bezirksstadt zugleich Koordinationsfunktion für die Bürgerkomitees der Kreisstädte in Bezug auf Unterlagensicherung und Waffensicherung und deren abgesicherten Transport und Einlagerung. Die Sicherung von Waffen und Munition begann unmittelbar nach der Besetzung der Dienststellen in Erfurt und nachgeordnet in den Kreisstädten. Ab 7.12.1989 wurden die Waffenkammern aller KD geräumt und die Waffen wurden vorübergehend in der Untersuchungs-Haftanstalt Erfurt deponiert. Die Transporte von Waffen, und von Akten, wurden

---

<sup>90</sup> Siehe Protokoll des Bürgerkomitee vom 7.12.1989 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

<sup>91</sup> Siehe Protokoll des Bürgerkomitee vom 7.12.1989 und Protokoll des Bürgerrates vom 11.12.1989 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

durch Mitglieder des Bürgerkomitees beobachtet und durch private PKW begleitet. Die Entwaffnung, auch die Einziehung von Pistolen von den Mitarbeitern des MfS/AfNS zog sich bis 5.1.1990 hin. Die provisorisch gelagerten Bestände verwahrte ab diesem Zeitpunkt die Volkspolizei. Jagdgewehre und Pistolen aus dem privaten Besitz der Mitarbeiter des MfS/AfNS konnten nicht sichergestellt werden<sup>92</sup>

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft mit dem Bürgerkomitee hatte die Volkspolizei die Haussicherung der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS übernommen.

Wie wichtig die Sicherheitspartnerschaft mit der Volkspolizei, der NVA und den bezirklichen Grenztruppen war, unterstreicht der Putschaufruf der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS Gera gegen die "reaktionären Kräfte". Dieser Aufruf vom 9.12.1989, der an alle Regierungsstellen und an alle bewaffneten Organe gerichtet war, rief unter dem Slogan "Heute wir – morgen ihr!" zur Paralyse der oppositionellen Bewegungen auf.<sup>93</sup> Da dieser Aufruf während der Sitzung des Zentralen runden Tisches in Berlin von Rolf Henrich verlesen wurde, und diese Sitzung direkt im DDR-Fernsehen übertragen wurde, war der Inhalt unverzüglich auch im Erfurter Bürgerkomitee bekannt geworden. Das Bürgerkomitee nahm den Aufruf ernst und es wurden Absprachen mit den leitenden Offizieren der in Erfurt stationierten 4. Mot.-Schützendivision der NVA aufgenommen.

---

<sup>92</sup> Siehe Protokoll Bürgerkomitee vom 7.12.1989 und Protokoll des Bürgerrates vom 15.1.1990 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

<sup>93</sup> Siehe Faksimile des Telegramm des Aufrufs: "Heute wir – morgen ihr!"

**IV. Das Bürgerkomitee und die Erfurter Demonstrationen nach dem 4. Dezember 1989 bis zur Gründung der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR am 4. Oktober 1990**

Die Organisation und Durch- bzw Weiterführung der Demonstrationen blieb vorrangige Aufgabe des Bürgerkomitees. Demonstrationen und Bekanntgabe von Arbeitsergebnissen BK waren im gesamten Zeitraum bis Juni 1990 politisches Druckmittel; immer unter der Maßgabe „Keine Gewalt“!



Bild 27 Demonstration vor der ehemaligen Bezirksverwaltung am 5.4.1990  
Foto: M. Sengewald

## 14. Das Bürgerkomitee und die Blockade der Volkskammer

Auf der Sitzung der Volkskammer am 12.1.1990 sollte über die Gründung eines neuen Geheimdienstes entschieden werden.

Mitglieder des Bürgerkomitees hatten zu dem Themenkomplex "Auflösung des MfS/AfNS" einen Neun- Punkte- Forderungskatalog erarbeitet, den sie den Abgeordneten überreichen wollten.<sup>94</sup> Darin war festgelegt:

- Sofortige Auflösung des Staatssicherheitsdienstes, einschließlich des Amtes für Verfassungsschutz,
- Kein neues Sicherheitsamt,
- Bekämpfung von Rechtsradikalität und Terrorismus durch die Volkspolizei,
- Sofortige Aufklärung von Verbrechen des MfS und Einleiten von Verfahren gegen Mitglieder des MfS und der SED,
- Verzicht auf die Ausgleichszahlung für entlassene Angehörige des MfS.

Über die Aktivitäten des Bürgerkomitees in der Stadt Erfurt hinaus erzeugte folgendes Vorgehen besondere Aufmerksamkeit:

34 Erfurter Bürgerrechtler fuhren in den Nachtstunden vom 11. zum 12.1.1990 nach Berlin. Unterstützung aus anderen Bezirken erhielt das Bürgerkomitee Erfurt nicht, obwohl die Aktion den Leitungen des „Neuen Forum“ bekannt war. In Berlin verteilten die Erfurter zunächst ihre Flugblätter. Sie konnten Berliner Taxi-Fahrer für ihre Aktion gewinnen, die sich bereit erklärten einen Autokorso um die Volkskammer zu veranstalten.

Die Mitglieder des Bürgerkomitees postierten sich vor den Eingängen der Volkskammer und übergaben den Abgeordneten ihre Flugblätter.

Dabei traf Matthias Büchner auf den Ministerpräsidenten Modrow, dem er kurzerhand die Forderung des Bürgerkomitees vortrug. Er teilte ihm weiter mit, dass die Bürgerbewegungen in den südlichen Landesteilen Streikbereitschaft signalisiert hätten, wenn es zur Bildung eines neuen Geheimdienstes käme!

---

<sup>94</sup> Siehe Aufruf des Bürgerkomitee vom 9.1.1990 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte



Matthias Büchner und Barbara Sengewald wurden zur Teilnahme an der Volkskammer-Sitzung eingeladen. Nach ihrer Aussage hat Modrow innerhalb einer halben Stunde sein Redekonzept geändert, so dass im Ergebnis der Volkskammer-Sitzung von der Planung und Errichtung eines neuen Geheimdienstes Abstand genommen wurde.



Bild 28 Zeitungsbericht Archiv GfZ

### **15. Das Bürgerkomitee und seine Aktivitäten vor der Volkskammerwahl vom 18. 3. 1990**

Nach der Bekanntgabe der Kandidaten zur Wahl der Volkskammer in der Tagespresse waren durch die Unabhängigen Untersuchungskommission (die Regierungskommission war ab Anfang März in Unabhängige-Untersuchungs-Kommission umbenannt worden) am 16.3.1990 beim Durcharbeiten von Akten und Karteikarten Unterlagen gefunden

worden, die mehrere dieser Kandidaten als Stasi-Informanten (IM's) belasteten. Die gesichteten Unterlagen gaben Anlass zu der Annahme, dass „eine *nicht unbedeutende Gruppierung von ehemaligen Stasi-Kontaktpersonen in der Volkskammer aktiv werden würde*“, bemerkte die Thüringer Allgemeine am 19.3.1990

Die Namen und Anzahl wurden vom Bürgerkomitee **nicht** bekannt gegeben. Gründe die Erkenntnis, wie wichtig der Datenschutz von Personen ist, wenn man sich auf dem Weg in ein demokratisches Staatswesen befindet.

Zugleich unterlagen Angehörige der Unabhängigen Untersuchungskommission der unbedingten Schweigepflicht. Damit war eine Information an die Öffentlichkeit unmöglich.

Der Ministerpräsident, einige Minister der Regierung Modrow und die Landeswahlvorsitzende Petra Pläss (SED-PDS) (die spätere Vizepräsidentin des Bundestages) wurden jedoch über die Erkenntnisse der Unabhängigen Untersuchungskommission informiert.

Die Minister Eppelmann (DA) und Sebastian Pflugbeil (NF) haben nach Kenntnisnahme der Informationen durch das Erfurter Bürgerkomitee verhalten reagiert, bemühten sich aber im Vorfeld der Wahl um eine Klärung, die misslang.

Der Regierungsbeauftragte Schenk informierte noch am 16.3.1990 in zwei Schreiben nach Berlin über "Verletzung des Personendatenschutzes" durch zwei Mitglieder der Unabhängigen Untersuchungskommission Erfurt, Holger Eisenberg (DA) und Elmon Karran (DA).

Er stellte fest, dass 40 Spitzenkandidaten für die Wahl überprüft worden seien. In einer weiteren Mitteilung vom gleichen Tag wurde ausgesagt, dass von 59 Spitzenkandidaten X Personen (nicht lesbare Anzahl ) IM's waren.

Eine Presseerklärung lehnte der Regierungsbeauftragte Schenk ab. Jedoch sollten die Parteivorsitzenden der Parteien dafür sorgen, dass die belasteten Personen ihre Kandidatur zurückziehen.

Weiterhin wurde die Ansicht geäußert, dass die genannten Vertreter des Bürgerkomitees für eine weitere Mitarbeit in der Unabhängigen

Untersuchungskommission nicht tragbar sind. Strafrechtliche Maßnahmen als Folgerung konnten von Schenk nicht beurteilt werden.<sup>95</sup>

Die Reaktionen aus Berlin auf die Mitteilungen Schenks kamen für das Bürgerkomitee und seine Vertreter in der Unabhängigen Untersuchungskommission völlig überraschend.

Vom Leiter des Komitees zur Auflösung des AfNS Berlin, Eichhorn, erfolgte am 21.3.90 beim Generalstaatsanwalt der DDR Dr. Joseph eine Anzeige gegen die Vertreter des Bürgerkomitees in der Unabhängigen Untersuchungskommission wegen *„Verstößen gegen den Schutz persönlicher Daten der Bürger gemäß Festlegungen im Beschluss des Ministerrates vom 8.2.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen AfNS.“*, mit der Bitte, die strafrechtliche Verantwortlichkeit der genannten Mitglieder zu prüfen und Eichhorn zu informieren. Der Anzeige waren die Mitteilungen von Schenk vom 16.3. beigefügt.<sup>96</sup>

Der Generalstaatsanwalt Dr. Joseph reagierte mit der Auflage an den Erfurter Bezirks-Staatsanwalt Volkmar Kölzsch der als Mitglied in der Regierungskommission/Unabhängigen Untersuchungskommission tätig war, mit jedem Vertreter der Unabhängigen Untersuchungskommission ein persönliches Gespräch zu führen und auf die Konsequenzen der Behinderung eines Landeswahlgangs hinzuweisen, auf die eine Gefängnisstrafe nicht unter 5 Jahren stand.

Das Bürgerkomitee ergriff nach Beratung unverzüglich juristisch unbedenkliche Gegenmaßnahmen. Es informierte die Bevölkerung. Am Abend des 16.3.1990 wurde auf einer Pressekonferenz über die Aktenfunde berichtet. Das Bürgerkomitee gab weder Anzahl noch Namen der Kandidaten bekannt.

Fernsehinterviews wurden geführt, aber danach nicht ausgestrahlt.

---

<sup>95</sup> Siehe Schreiben des Regierungsbeauftragten Schenk vom 16.3.1990: Mitteilung über eine Verletzung des Personendatenschutzes durch Mitglieder der Reg.-Komm. Erfurt und Mitteilung des Regierungsbeauftragten Schenk vom 16.3.1990 15.00 Uhr

<sup>96</sup> Siehe Anzeige über Verstöße... vom Leiter des Komitee zur Auflösung des AfNS an Generalstaatsanwalt der DDR vom 21.3.1990 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

Die Pressekonferenz brachte nicht den erhofften Erfolg. Nur die TA brachte am 17.3.1990 eine Meldung, dass die Bürgerwache erklärt habe, dass ihr Informationen vorlägen, *„wonach mehrere Spitzenpolitiker aus Thüringen IM's der Stasi gewesen seien. Namen könnten nicht genannt werden, da das Bürgerkomitee bis zum 19. März an die Schweigepflicht gebunden sei“*:

Von der *„Aktuellen Kamera“* des DDR-Fernsehfunks wurde diese Meldung dementiert. Eine Gegendarstellung des Bürgerkomitees nützte nichts.

Daraufhin wurden die entsprechenden Karteikarten am 19.3.1990 (der erste Übergabetermin am 16.3.1990 war nicht zustande gekommen, weil der durch Modrow instruierte Generalstaatsanwalt und die Bezirksstaatsanwaltschaft sich weigerten die Unterlagen an sich zu nehmen) der Staatsanwaltschaft gegen Quittung und Gegenzeichnung durch Staatsanwalt Volkmar Kölzsch, ausgehändigt, der eine sichere Aufbewahrung zusicherte. Am 20.3.1990 berichtete die TA, dass von den Volkskammerkandidaten des Bezirkes Erfurt *„mindestens drei und höchstens 8 als Stasi –Mitarbeiter belastet seien.“*<sup>97</sup>

In der Folge der geschilderten Abläufe wurden von Schenk alle Mitglieder der Unabhängigen Untersuchungskommission, die an der Aufdeckung der Stasi-Verstrickung von Abgeordneten mitgewirkt hatten, von ihrer weiteren Mitarbeit im Unabhängigen Untersuchungskommission entbunden. Gegen zwei Angehörige der Unabhängigen Untersuchungskommission wurde ein Untersuchungsverfahren wegen Geheimnisverrat gemäß § 245 StGB der DDR eingeleitet.<sup>98</sup>

Außerdem untersagte der Generalstaatsanwalt eine weitere Tätigkeit der Unabhängigen Untersuchungskommission. Dieses Arbeitsverbot für den Untersuchungsausschuss war für das Bürgerkomitee ein deutliches Indiz für die Verhinderung einer rückhaltlosen Aufklärung und eine bewusste Strategie der Verschleierung der Stasi-Belastung von Regierungsmitgliedern durch die Regierung.

---

<sup>97</sup> Siehe TA vom 20.3.90

<sup>98</sup> Siehe TA vom 21.3, 29.3. und 30.3.

Die Überprüfung der Kandidaten erfolgte nicht. Erst nach der Wahl wurde von der Volkskammer ein Prüfungsausschuss eingesetzt. Das Ziel einer „stasifreien“ Volkskammer wurde nicht erreicht, denn für die Öffentlichkeit konnte nie vollständig aufgeklärt werden, wer und wie viele Mitglieder in der damaligen Volkskammer Stasi-belastet waren.

## **16. Das Bürgerkomitee und der Hungerstreik**

Am Vorabend der Wahl erging an die Mitglieder der Unabhängigen Untersuchungskommission durch die Polizei fernschriftlich die Aufforderung, die Räume in der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS zu verlassen. Die Bewachung wurde durch Polizeikräfte in Kampfanzügen übernommen. Eine sofort einberufene Pressekonferenz sorgte für Information der Öffentlichkeit.

Damit wurde das Ende der Bürgerwache eingeläutet, die ohnehin geschwächt, mangels öffentlicher Unterstützung, nur noch mit 7 ständigen Mitgliedern tätig war. Man musste nach den Ereignissen der letzten Tage damit rechnen, dass gezielt weiteres Beweismaterial vernichtet wird. Dieter Klipphahn, Mitorganisator der Bürgerwache entschied sich für eine spektakuläre Sicherungsaktion: Er versperrte am 28.03.1990 Schächte und Gullys mit schweren Betonteilen, die nur mittels Autokran zu bewegen waren und verfüllte die auf dem Hof gelegenen Kellerzugänge mit Kies.

Aus Protest und um ein unübersehbares Zeichen zu setzen, beschlossen am 24.3.1990 drei engagierte Mitglieder der Bürgerwache, der Student Dirk Adams, der Tierpfleger Sven Braune und der Lehrer Klaus Voigt, in den Hungerstreik zu treten, um damit die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Diesem Hungerstreik schlossen sich fünf weitere Bürger in den Folgetagen an (Rolf Nestler, Jens Mempel, Andreas Licht, Falko und Frank Derer).

Der Hungerstreik begann am 28.3.1990 um 12 Uhr. Die Hungerstreikenden richteten sich im Arbeitszimmer des ehemaligen Leiters der Bezirksverwaltung des MfS Schwarz für ihre unbefristete Aktion ein.

# Bürgerinnen und Bürger!

Seit Mittwoch, dem 28. <sup>März</sup> April 1990, befinden sich  
5 Mitglieder der Erfurter Bürgerwache in einem  
unbefristeten

## Hungerstreik.

Sie wollen mit ihrem Hungerstreik die Überprüfung  
a l l e r Volkskammerabgeordneten, durch einen  
unabhängigen Untersuchungsausschuß unterstützen.

Wir, das Erfurter Bürgerkomitee, rufen auf zur

## **Solidarität!**

Am Donnerstag, dem 5. April 1990!

- 17.00 Uhr Lorenzkirche, Friedensgebet
- 17,30 " Schweigemarsch, von der Lorenzkirche  
zur Andreasstraße
- 18.00 " Kurzkundgebung, vor dem ehemaligen  
Stasi-Gebäude, Andreas-  
straße

Nach wie vor gilt: Keine Gewalt !

## Bürgerkomitee Erfurt

Bild 29 Information zum Hungerstreik vom 28.3. bis 7.4.1990. Archiv GfZ

Selbstgefertigte Transparente, die aus den Fenstern hingen, machten die Erfurter Bevölkerung auf den Hungerstreik unmissverständlich aufmerksam. Auch die Presse war sofort gegenwärtig. Damit konnten die folgenden Forderungen der Bürgerwache sehr schnell verbreitet werden, nämlich:

- die Einstellung der Ermittlungen gegen die Mitglieder der Unabhängigen Untersuchungskommission,
- die Aufhebung des Arbeitsverbots des Unabhängigen Untersuchungskommission in Erfurt,
- die Akteneinsicht zur Rehabilitierung von Opfern und Bestrafung von Tätern,
- die Überprüfung der Volkskammer-Abgeordneten durch den Unabhängigen Untersuchungskommission,

Am 29.3.1990, einen Tag nach Beginn des Hungerstreiks, organisierte das Bürgerkomitee eine Demonstration auf dem Fischmarkt.

Etwa 2000 Bürger fanden sich zu dieser Kundgebung ein. Ermuntert durch die Solidarität der Bürger für die Hungerstreikenden, richtete am 2.4.1990 das Bürgerkomitee ein öffentliches Schreiben an die Volkskammer, welches die Forderungen der Streikenden beinhaltete und worin eine arbeitsrechtliche Absicherung für die Tätigkeit der Unabhängigen Untersuchungskommission gefordert wurde.<sup>99</sup>

Am 6. Tag des Hungerstreiks (2.4.1990) besuchte der Regierende Bürgermeister von (West)-Berlin Walter Momper die Streikenden als erster Politiker, der sein Interesse bekundete, und sich die Gründe und Forderungen der Streikenden erläutern ließ. Entscheidungsbefugnis hatte Walter Momper nicht.

Am Morgen des 6.4.1990 trafen nacheinander drei Volkskammer-Abgeordnete von SPD und Bündnis 90 in Erfurt ein, um eine Beendigung des Hungerstreiks zu erreichen. Am Nachmittag des 6.4.1990 fand ein Gespräch mit Sebastian Pflugbeil, den Hungerstreikenden und Mitgliedern der Unabhängigen Untersuchungskommission statt. Das Gespräch endete mit einem Kompromiss. Ab 8.4.1990 sollte die

---

<sup>99</sup> Siehe Bürgerkomitee Offener Brief an die VK vom 2.4.90 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte



Unabhängige Untersuchungskommission seine Arbeit wieder aufnehmen und die Archive nutzen können. Die Vertreter des Bürgerkomitees sollten als Beobachter oder in beratender Funktion bei der geforderten Überprüfung der Volkskammer-Abgeordneten in einem von der Volkskammer beschlossenen Untersuchungsausschuss mit eingesetzt werden. Im Gegenzug wurde zugesichert, den Hungerstreik zu beenden, mit Eintreffen des Legitimationsschreibens aus Berlin für den Untersuchungsausschuss. Das erfolgte am 7.4.1990. Damit konnte der elftägige Hungerstreik mit einem Erfolg beendet werden.

Am 10.4.1990 richtete die Unabhängigen Untersuchungskommission erneut ein Schreiben an die Abgeordneten der Volkskammer der DDR und an die Präsidentin der Volkskammer, in dem Vorschläge für die Überprüfung der Abgeordneten durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss unterbreitet wurden.



Bild 30 Der Hungerstreik vom 28.3. bis 7.4.1990. Foto: Archiv GfZ

## **17. Das Bürgerkomitee nach dem Hungerstreik bis zur Gründung der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Die gewachsene Bedeutung des Bürgerkomitees in der Phase des Hungerstreiks ließ relativ schnell nach. Die Bürgerwache musste wegen mangelnder Beteiligung eingestellt werden. Die Volkspolizei übernahm ab diesem Zeitpunkt allein die Sicherung des Gebäudes.

Die Vertreter der im Bürgerkomitee vertretenen Parteien nahmen immer unregelmäßiger an den Beratungen teil. Aus den am Anfang der Tätigkeit des Bürgerkomitees mitarbeitenden Fraktionen schieden immer mehr Vertreter aus. Nach der Volkskammer-Wahl stellten ganze Fraktionen ihre Mitarbeit ein und bis zur Kommunalwahl verließen auch die PDS und die Vereinigte Linke das Bürgerkomitee. Mitte Mai waren es nur noch wenige der ehemals 50 Mitglieder. Im Wesentlichen waren es Vertreter des DA, des NF, der SPD, der Offenen Arbeit, der Grünen Partei und die parteilosen Bürger.

Im Juni 1990 konstituierte sich der Sonderausschuss der Volkskammer zur Kontrolle des staatlichen Komitees zur Auflösung der Stasi, als parlamentarische Maßnahme. Vorsitzender wurde Joachim Gauck.<sup>100</sup>

Der 6.5.1990 war als Wahltag für die Kommunalwahl in der DDR bestimmt worden. Am 3.5.1990 informierte das Bürgerkomitee auf einer Kundgebung, über einen offenen Brief an den Innenminister Diestel. Das Schreiben behandelte die Überprüfung der Volkskammer-Abgeordneten und die der Kandidaten für die Kommunalwahl. Zweck des Schreibens war die Aufforderung zu einer klaren Stellungnahme durch den Innenminister.

Von Pfarrer Heinrich Eber, der in der Zwischenzeit zum Sprecher des Bürgerkomitees ernannt worden war, wurde am 5.6.1990 ein weiterer offener Brief des Bürgerkomitees an das Präsidium der Volkskammer der DDR geschickt. Darin äußerte er Befremden darüber, dass der Innenminister nicht auf die Liste mit Namen von Volkskammer -

---

<sup>100</sup> Siehe "Die Stasi-Akten" von J. Gauck RORORO aktuell1991



Bild 31 Heinrich Eber während einer Sitzung des Bürgerrates. Foto A. Graubner

Abgeordneten mit Stasi-Vergangenheit reagiert hat, die ihm öffentlich am 9.5.1990 im Auftrag des Erfurter Bürgerkomitees übergeben wurde. Weiterhin wurde Unverständnis über die hohen Renten und Arbeitslosenunterstützung, die per die per Gesetz geregelt wurden, geäußert, während ein Rehabilitierungsgesetz für die Opfer nicht verabschiedet wurde. Kritisiert wurde der Einsatz von OibE's und HIM's in entscheidenden Positionen der Wirtschaft und Gesellschaft. *„Diese stellen, wegen ihrer Erpressbarkeit durch ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS und fremde Geheimdienste sowie der Möglichkeit, dass Substrukturen der Stasi erhalten bleiben, eine akute Gefahr für die Gesellschaft dar“*.<sup>101</sup>

Mit dem Schreiben wurde eine Liste mit Namen der OibE's und HIM's und der Volkskammer-Abgeordneten übergeben, mit der Forderung diesen Personenkreis aus seinen verantwortungsvollen Tätigkeiten zu entfernen.

---

<sup>101</sup> Siehe Brief des Bürgerkomitees vom 5.6.1990 in Bestand der Gesellschaft für Zeitgeschichte

Am 14. 6.1990 lud das Bürgerkomitee zu einer Informations-Demo auf dem Anger ein. Themen waren Erkenntnisse des Bürgerkomitees über

- die Tätigkeit des Innenministers,
- die Renten für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS,
- das Untertauchen von ehemaligen Mitarbeiter in Wach- und Schließgesellschaften

Am 24. 8.1990 verabschiedete die Volkskammer nahezu einstimmig ein Gesetz, das den Umgang mit den Stasi-Akten regeln sollte. Der Kerngedanke war: Die Akten nicht nur für eine juristische, sondern für die historische und politische Aufarbeitung der Vergangenheit zu nutzen. Darüber hinaus gestand es jedem Bürger zu, der von der Stasi bespitzelt, eingeschüchtert oder verfolgt worden war, sich weitgehend uneingeschränkt darüber zu informieren, was die Stasi über ihn gespeichert und mit welchen Methoden sie ihm geschadet hatte. Leider war es nicht gelungen, dieses Gesetz als fortgeltendes Recht in den Einigungsvertrag mit aufzunehmen. Zum Glück konnte durch heftigen Protest verhindert werden, dass die Akten ins Koblenzer Bundesarchiv eingeliefert wurden. Und der neue Bundestrag wurde beauftragt, diese Fragen in einem Gesetz zu regeln.

Am 31.8.1990 erfolgte die Unterzeichnung des Einigungsvertrages.

Am 5.9.1990 begann eine Mahnwache von Mitgliedern des Bürgerkomitees vor der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Andreasstraße zum Thema "Unsere Akten bleiben hier! In Thüringen!"

Die TA berichtete am 7.9.1990, dass sich Ministerpräsident de Maiziere dafür ausgesprochen hatte, dass die rund 6 Millionen Akten des MfS auch nach der Vereinigung auf dem Gebiet der DDR verbleiben.

Am 12.9.1990 fand ein Treffen des Erfurter Bürgerkomitees vor dem Rathaus statt mit der Warnung vor der Gefahr der Auslieferung der Stasi-Akten an den BND.

Die erste Bundesbehörde, die nach dem Beitritt der DDR zur BRD im "Beitrittsgebiet" am 4.10.1990 ihre Arbeit aufnahm, war die des

Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes.

Wenig später wählte das Bürgerkomitee für die neu zu errichtende Stasi-Unterlagenbehörde Pfarrer Heinrich Eber als ersten Außenstellenleiter des Erfurter Archivs des Sonderbeauftragten. Drei Mitarbeiter des Unabhängigen Untersuchungsausschusses wurden in die Behörde des Bundesbeauftragten übernommen: Christian Hofmann, Günter Richter und Dieter Seidel.

Nach Heinrich Eber übernahm Jürgen Haschke die Leitung der Außenstelle Erfurt, später wurde er erster Landesbeauftragter des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Das Bürgerkomitee trat nun in der Öffentlichkeit nicht mehr in Erscheinung, es bestand nur noch in einer losen Formation.

Am 2. 10. 1990, dem letzten Tag des Bestehens der DDR, wählte die Volkskammer Joachim Gauck von der Volkskammer zum „Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR“. Erst am 14.11. 1991 wurde das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

Anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel am Eingang der ehemaligen Bezirksverwaltung der STASI am 4.12. 1992 wurde offiziell die Auflösung des Bürgerkomitees verkündet.

1999 gründeten ehemalige Mitglieder des Bürgerkomitees den Verein „Gesellschaft für Zeitgeschichte“, der sich seitdem der Aufarbeitung widmet.





Bild 32 Schild rechts neben dem Eingang der ehemaligen Bezirksverwaltung

## **Epilog**

Bei aller Widersprüchlichkeit die in den verschiedenen Aktionen des Bürgerkomitees zu erkennen waren; bei allen personellen und fachlich-sachlichen Schwächen; bei dem oftmals plötzlichen, der aktuellen Situation angemessenem spontanen Handeln; bei aller Naivität und Unentschlossenheit, bei allen Versuchen der Irreführung und psychologischen Beeinflussung durch die ehemaligen Mitarbeiter der MfS/AfNS war die mühevoll und engagierte Arbeit aller politisch bewussten Bürger aus den alten und neu gegründeten Parteien und oppositionellen Gruppen, die sich im Bürgerkomitee vereinigt hatten, ein absoluter Höhepunkt in dem geschichtlichen Prozess des Herbstes 1989 und des Jahres 1990.

Mit der Besetzung der „Stasi“ und der Aufarbeitung dieses Teils der DDR-Vergangenheit wurde ein neuer Abschnitt im Prozess der gesellschaftlichen Umwandlung in der DDR in Gang gesetzt, der historische Dimension als Beispiel für den ganzen ehemaligen Ostblock erhalten sollte.

Erstmals in der Geschichte wurde ein Geheimdienst, der als Machtinstrument einer Diktatur gegen das eigene Volk gerichtet war, von diesem Volk selbst aufgelöst. Die Mittel der Repressionen wie die Bespitzelung in allen ihren Ausmaßen, die Planung der Internierungslager für Andersdenkende, das Durchdringen der Gesellschaft mit „Inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM) und „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE), Methoden der psychischen und auch physischen Zerstörung von Menschen wurden öffentlich gemacht. Die Methoden und Arbeitsweise eines diktatorischen Geheimdienstes sind damit in all seiner Brutalität, aber auch seiner Begrenztheit sichtbar geworden.

Es ist damit ein Stück wahrscheinlicher geworden, dass hier nie wieder die elementaren Menschenrechte so mit Füßen getreten werden.



## **verwendete Quellen**

**Folgende Personen** wurden im Zuge der Recherchen z.T. mehrmals interviewt, z.T. wurden Interviewaufzeichnungen angefertigt. Von diesen Personen an anderer Stelle veröffentlichte Zeitzeugenberichte wurden, soweit sie uns bekannt sind, ebenfalls verwendet:

Dirk Adams, Petra Behlke (ehemals Elis), Monika Bernhard, Eva-Maria Blesse, Kerstin Brückner, Matthias (Fritz) Büchner, Petra (Tely) Büchner, Claudia Bogenhardt, Ralf Ehmann, Dietrich Ehrenwerth, Holger Eisenberg, Christian Elis, Petra Elis, Sabine Fabian, Dr. Heino Falcke, Almuth Falcke (†), Günter Frank, Andreas Gießler, Elmon Grobe (damals Karran), Monika Große, Eva-Maria Hase, Bert Hellmund, Siegfried Hirschfeld (damals amtierender OB, er bezog den damals amtierenden Stadtrat für Inneres ein), Gabi Kachold (damals Stötzer), Elisabeth Kaufhold, Uli Kilian, Dieter Klipphan (†), Katharina Kohl, Ilona Kühne, Matthias Ladstädter, Hartmut Lippold, Renate Lützkendorf, Michael Meinung, Carsten Nöthling, Klaus-Dieter Nowak, Christian Petzold, Veronika Plicht, Anita Ritter, Dietmar Ritter, Dr. Aribert Rothe, Sigrid Rothe, Barbara und Manfred Ruge, Mario S. (Wachsoldat), Ulrich (Uli) Scheidt, Angelika Schön, Dr. Kerstin Schön, Birgit Seeger, Johannes und Sigrid Staemmler, Gertrud Sedl, Dieter Seidel, Susanne Sydow, Klaus Vockerodt, Angela Winkler, für der Berliner Ereignisse auch Tom Sello, Reinhard Schult, Dr. Jens Schöne, Reinhard Weißhuhn und Tina Krone.

Wir danken allen genannten Personen für die Zusammenarbeit.

Peter Große, Barbara und Matthias Sengewald

Für die umfangreichen Recherchen wurden u.a. folgende Dokumente und Unterlagen verwendet:

*Veröffentlichungen der GfZ*

„**Geheimdienst - Nein danke!**“ Bericht des Bürgerkomitees Erfurt über die Auflösung des MfS/AfNS, Dez. 1990

**Geschichte des Bürgerkomitees Teil I** erschienen Oktober 2004

**Geschichte des Bürgerkomitees Teil II** erschienen Oktober 2010

Darin enthaltene **Zeitzeugenberichte** von Dirk Adams, Claudia Bogenhardt, Petra (Tely) Büchner, Ralf Ehmman, Christian Elis, Sabine Fabian, Almuth Falcke, Günter Frank, Monika Große, Gabi Kachold (Stötzer), Elisabeth Kaufhold, Ulrich Scheidt, Barbara Sengewald (Weisshuhn), Angelika Schön, Kerstin Schön, Johannes und Sigrid Staemmler, Mathias Ladstätter,

*Archiv GfZ:*

**Protokolle und Aufzeichnungen der Mitglieder des Bürgerkomitees.,  
Flugblätter u.a.,  
Unterlagen der BStU,**

*Literatur:*

**Der Spiegel** Nr. 50 vom 11. Dezember 1989, Bericht über die Besetzung des MfS, S. 23 ff

Andrea Herz: „**Das MfS in Thüringen – Ein erster Überblick**“, Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1994

Walter Süß: „**Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit, Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989**“ BF informiert 5/1994 (Schriftenreihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Eberhard Stein: „**Agonie und Auflösung des MfS – Streiflichter aus einem Thüringer Bezirk**“, Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1995

Andreas Dornheim: „**Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90**“, Böhlau-Verlag Weimar (1995)

Andreas Dornheim und Stephan Schnitzler: „**Akteure des Umbruchs berichten**“, Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, 1995

Michael Richter: „**Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR**“, Böhlau-Verlag Weimar 1996

Dr. Andreas Dornheim: „**Das MfS in Thüringen während der Wende 1989/90**“, Thüringen Blätter zur Landeskunde, Erfurt 1997

Zeitschrift „**Horch und Guck**“, 8. Jahrgang 1999 Heft 28,

## Personenverzeichnis

Adams, Dirk.....	73
Albrecht, Hans, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Suhl .....	14
Bogenhardt, Claudia.....	19, 24, 25, 42, 47
Braune, Sven .....	73
Büchner, Matthias ‚Fritz‘ .....	11, 14, 19, 68
Büchner, Petra ‚Tely‘ .....	19, 24, 25, 31, 47
de Maiziere, Lothar, Ministerpräsident .....	79
Derer, Falko.....	73
Derer, Frank .....	73
Eber, Heinrich, Pfarrer, später Leiter der BStU-Außenstelle Erfurt .....	77, 80
Ehrenwerth, Dietrich.....	21
Eisenberg, Holger .....	70
Elis, Christian.....	16
Eppelmann, Rainer, Pfarrer, Minister für Abrüstung .....	70
Fabian, Sabine .....	17, 18, 26, 47
Falcke, Almuth .....	21, 23, 29, 32, 47
Falcke, Heino, Propst Dr .....	21
Frank, Günther .....	44
Fröbel, Jens .....	16
Gräser, Herbert, alias ‚Leo‘, alias IMB Schubert.....	28
Hartmann, Heinz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und Verantwortlicher für Inneres .....	29
Haschke, Jürgen .....	80
Hase, Eva-Maria .....	20
Hirschfeld, Siegfried, amtierender Oberbürgermeister .....	22, 24, 25, 45, 52
Hofmann, Christian .....	80
Honecker, Erich, Staatsratsvorsitzender der DDR.....	14
Ilgen, Richard, Bezirksstaatsanwalt .....	29, 30
Joseph, Dr, Generalstaatsanwalt der DDR .....	71
Karran, Elmon (jetzt Grobe).....	70
Kaufhold, Elisabeth .....	22, 23
Klipphahn, Dieter .....	73
Kölzsch, Volkmar, Bezirks-Staatsanwalt.....	71, 72
Kyselka, Verena.....	26
Ladstätter, Mathias .....	42
Licht, Andreas .....	73
Lippol, Militärstaatsanwalt.....	29, 30
Lippold, Helmut, Pfarrer.....	21

Mempel, Jens .....	73
Mielke, Erich, Minister für Staatssicherheit.....	7, 8, 9, 14
Mittag, Günter .....	14
Modrow, Hans, Ministerpräsident der DDR-Übergangsregierung .....	8, 61, 68, 70
Momper, Walter, Regierende Bürgermeister von West-Berlin.....	75
Müller, Gerhard, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt.....	14
Nestler, Rolf .....	73
Pflugbeil, Sebastian .....	70, 75
Pläss, Petra, Landeswahlvorsitzende .....	70
Richter, Günter.....	80
Rudat, Helmut, Bezirksstaatsanwalt.....	29, 30
Ruge, Barbara.....	16
Ruge, Manfred, später Oberbürgermeister .....	16, 22, 24, 26, 27, 44, 47
Sander, Bezirksstaatsanwalt.....	28
Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel.....	14
Scheidt, Ulrich .....	31, 32, 34, 40, 48
Schenk, Bernhard, Regierungsbeauftragter zur Auflösung des MfS/AfNS61, .....	62, 70
Schneeberg, Leiter der Kreisdienststelle des MfS/AfNS.....	25, 42
Schön, Angelika .....	17, 19, 28, 34, 47
Schön, Kerstin, Dr.....	17, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 27, 31, 47
Schwanitz, Wolfgang, Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit ..	8, 34, 43, 52, 61
Schwarz, Josef, Leiter der Bezirksverwaltung des MfS/AfNS9, .....	28, 29, 30, 34, 38, 39, 43
Seidel, Dieter .....	80
Sengewald, Barbara (damals Weisshuhn).....	22, 23, 27, 28, 34, 47, 69
Sengewald, Matthias, Jugenddiakon .....	21
Sindermann, Horst .....	14
Staemmler, Sigrid, Pfarrerin, und Johannes, Studentenpfarrer .....	21
Stoph, Willi, Ministerpräsident der DDR.....	14
Stötzer, Gabi (damals Kachold) .....	18, 19, 22, 24, 25, 47
Swatek, Arthur, Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt .....	25
Tisch, Harry, Vorsitzender des FDGB der DDR .....	14
Voigt, Klaus .....	73
Wachsoldat S.....	34
Weißmantel, Horst, Militärstaatsanwalt .....	29, 30, 41